ZECK

Zeitung aus der Roten Flora
Mai 1997 # Nr.59 # umsonst

KEINE ABSCHIEBUN
ABSCHAFFUNG DER SONDERGE

Für Leute mit Tatendrang und Diskussionsbedarf - Veranstaltungshinweise für den Mai

"Globalisierung - Spiel ohne Grenzen?"

Veranstaltungsreihe in der W 3

Mi 7.5. um 19.30 Uhr
"Globalisierung - Sozialstaat - Entwicklungsperspektiven für die Subsahara-Region
Vortrag von Prof. H. Schui, HWP
Di 13.5. um 19,30Uhr
"Neoliberalismus. Denn sie wissen, was sie tun oder : der "Wettlauf der Besessenen"
Referent: G. Lutz, iz3w, Freiburg
Mi 21.5. um 19.30 Uhr
"Weltmarktfabriken und Freie Produktionszonen"
Referentin: E. Laudowicz, „Clean Clothes Campaign"
Mi 28.5. um 19,30 Uhr
"Weltstädte im kapitalistischen Weltsystem: das Beispiel der Metropolregion Hamburg"
Referent: L. Mättig, Soziologe Uni Hamburg

"Kommunikationsguerilla"

Buchvorstellung der autonomen a.f.r.i.k.a.-Gruppe
Eine Theorie-Praxis-Darbietung in zehn Posaunen und mit einem Videotape
Veranstaltung in der Buchhandlung im Schanzenviertel am
21.5. um 20 Uhr

Hafenkrankenhaus-Soli-Konzert und Veranstaltung

Hafenklang Haus, Carsten-Rehder-Str. 51-53
Fr. 16.5. um 17,30 Uhr
Infoveranstaltung zum Thema Umstrukturierung
20 Uhr Konzert mit "Kjan" (punk) u.a.

"Immer noch nicht vertrieben"

Revanchistenverbände in Hamburg
ReferentInnen: Ulla Jelpke/MdB PDS und Peter Beutelschneider/KFdF
Veranstaltung im "Antifacafé"
B5 am Fr 19.5.um19,30 Uhr

Vorbereitungstreffen Büren-Demo

Das vierte und voraussichtlich letzte Vorbereitungstreffen findet am 11. Mai um 14 Uhr Im Bahnhof Langendeer, Wallbaumweg 108/Bochum statt

1. Juni: Bundesweite Demo gegen Abschiebeknäste in Büren



Ein heisser Sommer in Amsterdam...

Am 16. und 17. Juni findet in Amsterdam der Eurogipfel statt. An diesem Toptreffen der europäischen Regierungschefs in der Niederländischen Bank wird an der Bildung eines ökonomischen Machtblocks weitergearbeitet. Der Gipfel soll mit einer Abrundung des Vertrages von Maastricht II und einer Weiterentwicklung des 1992 unterzeichneten EU-Vertrages enden. Um einen sauberen Ablauf des Gipfels zu garantieren, wird ein Viertel der niederländischen Polizeimacht (15.000) während diesen Tagen in Amsterdam stationiert und ein Großteil der Innenstadt zur Sicherheitszone erklärt.
Glücklicherweise sind viele Organisationen und Individuen mit all diesem nicht einverstanden und wollen diese Tage nutzen um Widerstand zu leisten und ihrer Wut und Empörung Ausdruck zu verschaffen. Menschen aus anderen Städten und Ländern, welche diese Initiativen unterstützen wollen, sind natürlich von Herzen willkommen. Eine Anzahl von Aktionen und Aktivitäten vom 12.-17. Juni 1997 sind bereits geplant:
14.6.: Demonstration gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausbeutung
11.6.-17.6.: Alternativer Gipfel
13.6.-15.6.: Chaostage (??)
12.6.-13.6.: United Konferenz
16.6.: Eurorave
17.6.: Euroblow
17.6. Autonome Demonstration zur Niederländischen Bank

Inhalt

Wer bleiben will, soll bleiben!....S.4
Der Kampf der "Sans-Papier"...S.7
Hausdurchsuchung in der BBA...S.8
Wie normal ist Krefeld?...S.9
Mumia Abu Jamal...S.9
"Schutzräume" vor Drogen...S.10
Prozeß wegen Demo zum 13.6. ... S.10
Fixerräume statt Schutzräume...S.11
Bericht vom Nachbereitungstreffen zum Tag X3...S.12
Edutainment-Club im Leoncavallo...S.13
Aktionswoche gegen Ausgrenzung und Vertreibung...S.14
Erklärung des FrauenLesben-Tags im Schwarzmarkt...S.14

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg
Schickt uns eure **Beiträge, Artikel** o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Infoläden und VerteilerInnen bezahlen lediglich die Portokosten von 1.50 (für 1-3 Exemplare), bzw. 2.50 bei 10 Exemplaren. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P: P. Meyer; Bernadottestr.38 22765 Hamburg

Wer bleiben will, soll bleiben

Unter diesem Motto besetzten am 26. 4. Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und einige UnterstützerInnen die Rote Flora. Dazu erklärten sie: „(...)Aufgrund der brennenden Situation haben wir uns zur Besetzung der Roten Flora entschlossen. Wir hoffen, daß wir im Umfeld der Roten Flora Menschen finden, die mit uns bereit sind, den Versuch zu unternehmen, sich nachdrücklich gegen die deutsche Abschiebepolitik zu wehren. Es ist wichtig, für ein Bleiberecht einzutreten und die Selbstorganisierung der Flüchtlinge zu unterstützen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es aber zudem notwendig, eine praktische Unterstützung von Flüchtlingen, die sich ihrer Abschiebung widersetzen, zu entwickeln. Dazu brauchen wir Eure Hilfe." (aus der Erklärung der BesetzerInnen der Flora)
Nach einem Plenum am Abend, an dem ca. 100 Menschen teilnahmen und auf dem die Vorbereitung weitergehende Aktionen diskutiert und beschlossen wurde, brachen die Flüchtlinge die Aktion ab.
Im folgenden dokumentieren wir einen Text des Antirassismusbüros Bremen aus der ZAG/Zeitung antirassistischer Gruppen Nr. 21, der unter dem Titel „Wer bleiben will, soll bleiben" erschien und sich näher mit den ab 1. Mai drohenden Massenabschiebungen nach Ex-Jugoslawien befaßt.
- die redaktion -

Vier Jahre Krieg in Ex-Jugoslawien - ein Krieg, der die Vertreibung und Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile nicht zur Folge, sondern von Anfang an zum erklärten Ziel hatte. Millionen Menschen sind seitdem auf der Flucht, das Land ist mittels "ethnischer Säuberungen" neu gegliedert worden. Landstrichweise wurden Bewohnerinnen und Bewohner vertrieben, ermordet, vergewaltigt bzw. gefoltert und in Internierungslager gesteckt. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) ist das Leben von neun Millionen Menschen aus der Bahn geworfen worden, darunter sind vier Millionen Flüchtlinge, die größtenteils gewaltsam vertrieben wurden. In Bosnien sind rund zwei Drittel der Infrastruktur zerstört, zahlreiche Dörfer sind mehr oder minder vollständig von der Landkarte verschwunden. Ein Jahr nach dem offiziellen Kriegsende sind dort noch immer 60% der Häuser und Wohnungen zerstört.
Rund 700.000 Bosnierinnen und Bosnier flohen ins europäische Ausland, davon 325.000 nach Deutschland. Jedoch nicht nur aus Bosnien, auch aus Kroatien (insg. über 100.000), Serbien und Montenegro (135.000) suchten die Menschen bei uns vor dem Krieg Zuflucht. Die Erklärung dafür, warum die meisten Flüchtlinge in Nachbarstaaten oder ausgerechnet nach Deutschland, Österreich oder Skandinavien gingen, ist einfach. Wohin fliehen Menschen, die fliehen müssen? Entweder in die unmittelbare Nähe, also in die ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens, oder dahin, wo ihre Angehörigen und Bekannten leben. Die Flucht nach Deutschland ist somit ein spätes Ergebnis der Anwerbung von »Gastarbeitern«. Viele Flüchtlinge haben früher selbst in Deutschland gelebt oder gearbeitet, andere haben hier Verwandte. Es ist selbstverständlich, daß sie nach Deutschland gekommen sind.

Die deutsche Großzügigkeit

Am 15.12.1995, einen Tag nachdem in Paris das sog. "Friedensabkommen von Dayton" unterzeichnet worden war, beschlossen die Innenminister der Länder, zusammen mit Bundesinnenminister Kanther, daß die in Deutschland lebenden Bürgerkriegsflüchtlinge zurück müssen. Sie nutzten damit die erstbeste Gelegenheit, um den Rausschmiß der Flüchtlinge einzuleiten - insofern dies noch nicht geschehn war. Dieser Beschluß war nicht das jähe Ende einer Gastfreundschaft, sondern die logische Fortsetzung der bisherigen Politik. Diese zielt von Anfang an darauf ab, möglichst wenige bosnische Flüchtlinge ins Land zu lassen.
Bereits seit Beginn des Krieges bestand ein Visumzwang für Bosnierinnen und Bosnier. umgerechnet schon damals über 500.000 Flüchtlinge kommen müssen. Es waren nach Angaben der Bundesregierung jedoch gerade mal 100.000. Dabei hatte der größte Teil dieser Menschen den Grenzübertritt am Grenzschutz vorbei, das heißt "illegal", geschafft. Das trifft für fast alle der Bosnierinnen und Bosnier zu, denn offiziell aufgenommen wurden nur 5% der 325.000 Flüchtlinge. Sie wurden im Rahmen sog. "humanitären Sonderkontingente" nach Deutschland gelassen. Die Bundesregierung hatte insgesamt nur 17.400 Kontingentplätze zur Verfügung gestellt, die allerdings nie voll ausgeschöpft wurden. Darunter z.B. die für 6.000 "traumatisierte Frauen". Im Somer 1995 war dort noch die Hälfte aller Plätze frei geblieben.



Die Folge war, daß im Sommer 1992 Tausende an der deutschen Grenze zurückgewiesen wurden. Österreich, das die Grenzen anfangs offen hielt, richtete dramatische Apelle an seine Nachbarstaaten, den Flüchtlingen ebenfalls die Einreise zu gestatten. Doch deren Regierungen, darunter Bonn, blieben hart. Bis zum Sommer 1992 hatten in Österreich bei 7,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern etwa 50.000 Menschen aus Bosnien Zuflucht gefunden. Die gleiche Aufnahmebereitschaft vorausgesetzt, hätten zu 80 Millionen Deutschen

Weitere 40.000 Menschen durften nur deshalb einreisen, weil sich Gastgeberinnen und Gastgeber verpflichtet hatten, für deren Lebensunterhalt aufzukommen. Vielen Menschen, die in dieser Großzügigkeit die einzige Möglichkeit sahen, ihren Verwandten das Leben zu retten, droht nun der finanzielle Ruin. In einigen Fällen mußte dennoch Sozialhilfe beantragt werden. Prompt wurden gerichtliche Ver-

fahren gegen die »Garantiegeber« eingeleitet, da die Behörden aller Länder die gezahlten Leistungen, oft in Höhe von bis zu 40.000 DM, von ihnen zurückfordern.
Die Prahlerei mit der angeblich »großen Aufnahmebereitschaft« wegen der inzwischen erreichten Zahl von 325.000 ist also mehr als heuchlerisch. In Schweden z.B. leben über 120.000 bosnische Flüchtlinge; das sind pro Kopf der Bevölkerung fast fünf mal mehr als in Deutschland.
Es war von vornherein abzusehen, daß eine große Zahl der Geflohenen entweder nie mehr oder erst in Jahren zurückkehren können wird. Denn Bosnien wird nicht mehr sein, was es einmal war. Die ehemalige Struktur des Landes, in der die einzelnen ethnischen Gruppen nicht voneinander getrennt waren, sondern selbstverständlich zusammenlebten, ist zerschlagen. Dennoch wurde den Geflohenen ein fester Aufenthaltsstatus und damit eine Integration in unsere Gesellschaft verwehrt. Die allermeisten sind nur geduldet. Das ist der unsicherste Aufenthaltsstatus, den das deutsche Ausländergesetz zu bieten hat. Teil des »Asylkompromisses« von 1992 war zwar, einen gesonderten Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge zu schaffen, doch hüteten sich die Verantwortlichen davor, ihr Versprechen in die Tat umzusetzen. Auf diese Weise nämlich bleibt der Flüchtling quasi "illegal" und wird bereitgehalten, damit er, wenn es den Innenministern gefällt, jederzeit abgeschoben werden kann.

Dies bedeutet, daß sie nicht einmal innerhalb des Bundesgebiets reisen können, um ihre Verwandten oder Bekannten zu besuchen. Viele sind aufgrund ihres unsicheren Status einem faktischen Arbeitsverbot unterworfen und somit zum Nichtstun verdammt. Die angebliche deutsche Großzügigkeit ist ein Lügengebilde. Die deutsche Regierung wollte von Anfang an die erstbeste Gelegenheit nutzen, die Flüchtlinge wieder loszuwerden.

Gnadenloses Konzept der Abschiebung

Für die Bundesregierung gilt die Devise, den Rausschmiß auf bürokratischem Wege schnell und verwaltungseffizient zu organisieren. Obwohl es nach dem Beschluß vom Dezember 1995 öffentliche Kritik hagelte, blieben die Innenminister bei ihren Plänen. Auf einer Sonderkonferenz am 26.1.1996 wurde ein Stufenplan beschlossen, nach welchem alle bosnischen Flüchtlinge ursprünglich beginnend mit dem 1.7.1996 bis Mitte 1998 hätten aus Deutschland verschwunden sein müssen. Abgesehen von der Zeitplanung gilt dieses Konzept auch heute noch. Zuerst sollen demnach Erwachsene ohne Kinder verschwinden, in einer zweiten Phase alle Erwachsenen mit minderjährigen Kindern sowie »Minderjährige, deren Betreuung in Bosnien-Herzegowina sichergestellt ist«. Zum Schluß sollen auch die als »Härtefälle« eingestuften Menschen Deutschland verlassen.

Gerade die Härtefallregelungen offenbaren den ganzen Zynismus und Ungeist der furchtbaren deutschen Verwaltungsbürokratie. Zu den »Härtefällen« gehören auch alte Menschen (ab 65 Jahren), »wenn sie in Bosnien-Herzegowina keine Familie, aber in der Bundesrepublik Deutschland Angehörige mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht haben, soweit sichergestellt ist, daß für diesen Personenkreis keine Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden«. Kurzum, wenn die Verwandten einer oder eines Achtzigjährigen z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, nicht in der Lage sind, den vollen Unterhalt - inklusive Gesundheitsversorgung etc. - zu bezahlen, haben die Minister keinerlei Probleme damit, diese Person in die Ruinen von Bosnien abzuschieben. Ein anderes Beispiel bilden »traumatisierte Personen«, ehemals in Lagern internierte Frauen und Männer, von Milizionären vergewaltigte Frauen, in Trümmern verschüttete Opfer des Bomben und Granatenterrors. Sie sollen zwar von der ersten Phase der Rückführung ausgenommen werden, längstens jedoch »bis zum Abschluß ihrer Behandlung«. Die Gnadenfrist gilt im übrigen nur dann, wenn die »traumatisierten Personen« mindestens seit dem 16.12.1995 "in ständiger ärztlicher Behandlung stehen" und dies beginnend mit dem 1.4.1996 binnen drei Wochen nachweisen konnten. Ob Gnadenfrist oder nicht, am Ende steht der Rausschmiß. Waren diese Menschen zu Zeiten des Krieges noch gut genug, den Nervenkitzel deutscher Nachrichtenseherinnen und -seher zu steigern, fallen sie nun unter das unerbittliche Diktat von Kanther und seinen Länderkollegen. Die gewährte Schonfrist soll dabei wohl in erster Linie dazu dienen, die zu erwartenden Proteste und Schicksalsberichte in der Presse zu entschärfen.
Auf der Innenministerkonferenz vom 3.5.1996 wurde das erste mal halblaut eingeräumt, daß der 1.7.1996 aufgrund der sich nicht bessernden Lage in Bosnien-Herzegowina als Termin für den Beginn der Abschiebungen eventuell nicht einzuhalten sei, obgleich formell weiter daran festgehalten wurde. In der Realität waren jedoch schon im Januar die ersten Ausreiseaufforderungen verschickt worden, in denen den Flüchtlingen ihre Duldung letztmalig für sechs Monate bis zum Juli erteilt worden war. Obwohl dann im Juni kurzfristig »der Termin für die Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge auf unbestimmte Zeit verschoben« wurde, sind sie teilweise weiterhin aufgefordert worden, Deutschland bis Ende Juni zu verlassen. In Berlin und Bonn etwa mußten Bosnier und Bosnierinnen eine Erklärung unterschreiben, daß sie, "sofern sie das Bundesgebiet nicht freiwillig verlassen, nach Ablauf der Ausreisepflicht mit ihrer Abschiebung rechnen müssen". In anderen Städten wurde darauf gedrängt, daß sie auf Rechtsmittel gegen die Ausreisebescheide der Behörden verzichten sollten, andernfalls würden sie verkürzte Aufenthaltsfristen bekommen. Des weiteren wurden ihnen die Bescheide und Benachrichtigungen oft nur auf deutsch und ohne die gesetzlich vorgeschriebene Rechtsmittelbelehrung zugestellt. So werden Flüchtlinge auf übelste Weise erpresst und gezielt in Unsicherheit gehalten. Man könnte dies auch als behördlichen Psychoterror bezeichnen. Es wird auf Zeit gesetzt und auf die fortschreitende Zermürbung der Betroffenen. Am 6.8.1996 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, daß Moslems, einst geflohen aus Gebieten, die nun von Serben besetzt sind, keinen Anspruch auf Asyl haben, da ihnen, so die Begründung, auch innerhalb Bosnien-Herzegowinas Schutz vor serbischem Militär gewärleistet werden kann. Im Klartext: Wer aus einem Bürgerkriegsgebiet kommt ist nicht asylberechtigt, weil sie oder er auch durch den eigenen Staat Schutz erhalten könnte. Damit wurde sämtlichen Menschen, die vor dem Krieg in Ex-Jugoslawien nach Deutschland geflohen waren, im voraus die letzte Hintertür versperrt.
Schlußendlich einigten sich die Innenminister auf ihrer Konferenz vom 19.9.1996 auf den 1. Oktober als Stichtag für die Abschiebungen. Allerdings wurde die Verantwortung in die Hände der einzelnen Bundesländer gelegt, die nun nach ihrem eigenen Ermessen handeln können. Daraufhin kündigte Bayern prompt die Abschiebung von insgesamt 20.000 Flüchtlingen bis zum Sommer 1997 an. Auch in Berlin konnte es offensichtlich nicht schnell genug gehen. Ähnlich wie in Bayern müssen dort die in die erste Phase der Rückführung fallenden Flüchtlinge ihre Pässe abgeben, womit sie ausländerrechtlich vogelfrei sind. Daraufhin erhalten sie dann eine »Grenzübertrittsbescheinigung«, in der sie sich »zur unverzüglichen Ausreise« verpflichten müssen. Die Stadt München will ihnen dann nur noch eine Frist von zwei Tagen gewähren, wonach die Behörden grünes Licht zur Abschiebung erhalten sollen. Andere Bundesländer gaben wiederum bekannt, daß sie nicht beabsichtigen, in den Winter hinein, sondern erst im folgenden Frühjahr abzuschieben. So z.B. in Niedersachsen, wo jedoch trotz dieses Versprechens lokale Behörden Ausweisungsanordnungen verschickt haben, teil-weise sogar an Vergewaltigungsopfer und Massakerüberlebende. Die bestimmenden Faktoren der deutschen Flüchtlingspolitik sind nunmehr Willkür, Verunsicherung und Zufall. So werden die Opfer des Krieges jetzt zu Opfern des Friedens, denn egal wo, am Ende steht auf jeden Fall eine Ausweisung.
Komischerweise behaupten die Minister noch immer, daß ihre Pläne durchaus mit dem Prinzip der freiwilligen Rückkehr übereinstimmen. Das ist Verlogenheit. Um dennoch in der Öffentlichkeit ihr Bild zu wahren, wird den Vertriebenen vielerorts ein finanzieller Anreiz geboten, damit sie »freiwillig« gehen. in diesem Fall werden die Reisekosten übernommen, außerdem gibt es eine Art Überbrückungshilfe von

650 DM pro Erwachsenem, maximal jedoch 1350 DM pro Familie. Wer es darauf ankommen läßt, unter Zwang ausreisen zu müssen, geht leer aus.

Propaganda für Massenabschiebungen

Als Grund für die Abschiebungen wird immer der Wiederaufbau des zerstörten Landes angegeben, wozu alle arbeitsfähigen Menschen besser heute als morgen nach Bosnien geschickt werden müßten. Angesichts von Millionen von Flüchtlingen, die innerhalb Bosniens selbst in Lagern zusammengepfercht leben oder bei Verwandten und Bekannten untergekrochen sind, kaum in der Lage ihre eigene Existenz zu sichern, ist dies blanker Unsinn. Die Arbeitslosenquote dort beträgt derzeit zwischen 90% und 100%. Es gibt für Zurückkehrende weder Arbeit noch Platz zum Wohnen. Und während ständig ein angeblicher Mangel an Fachkräften beklagt wird, haben z.B. die vor Ort tätigen Ärztinnen und Ärzte nicht einmal Medikamente oder Reagenzgläser. Hier von notwendiger Rückkehr zu sprechen, ist purer Zynismus.
Und so stecken hinter den Plänen der deutschen Minister ganz andere Motivationen. Bayerns Innenminister Beckstein bringt es mit seiner Forderung ziemlich genau auf den Punkt, wonach all die Flüchtlinge, die Sozialhilfe beziehen, zuerst abgeschoben werden sollen. Es geht in der öffentlichen Diskussion nicht mehr vorrangig um Bosnien, sondern um die Finanzhaushalte in Deutschland. Nach Angaben der Regierung kosten Unterbringung und Verpflegung der bosnischen Flüchtlinge 3,5 Milliarden DM pro Jahr. Und im gleichen Zug wird stets behauptet, die Deutschen dürften nicht länger überstrapaziert werden. Statt weiter Sozialhilfe zu beziehen, so befanden die Innenminister auf ihrer Konferenz im September 1996, solle nun das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen drastischen Sozialhilfeabsenkungen auch auf die Bürgerkriegsflüchtlinge angewandt werden, da keine Ausreisehindernisse mehr vorlägen. Deren Schicksal wird nicht mit Krieg und Vertreibung verbunden. Diese Menschen sind längst reduziert auf den einen Begriff: deutsches Geld. Denn bei ihnen handelt es sich um Menschen, die aus Sicht der Politiker und Wirtschaftsbosse wirtschaftlich überflüssig sind, d.h. auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht gebraucht werden können und somit für den Leistungsstaat eine »zusätzliche Belastung« darstellen. Mit solcherlei »Kosten-Nutzen-Rechnungen« wird zusätzlich Stimmung gemacht gegen Menschen, die man um keinen Preis im Land haben will. Tod und Elend werden, wenn es der Kostenentlastung dient, billigend in Kauf genommen. Besonders zynisch daran ist, daß die bosnischen Flüchtlinge durch ihren unsicheren Aufenthaltsstatus regelrecht in die Sozialhilfe gedrängt wurden. Eine Situation, die nun wieder gegen sie verwandt wird.



Abschiebung wohin?

Der Krieg ist zwar bereits seit einem Jahr zuende, doch wirklicher Frieden ist nicht eingekehrt. Die meisten in Deutschland lebenden Flüchtlinge können sich eine Rückkehr zumindest derzeit nicht vorstellen. Das Land ist völlig zerstört und ohnehin fast nur von Vertriebenen und Wohnungslosen bevölkert, die weiterhin auf humanitäre Hilfe von außen angewiesen sind. Diese ist inzwischen drastisch gekürzt worden. Der UNHCR hatte im März 1996 seine Lieferungen im Vergleich zum Vorjahr auf 30% reduziert. Das Ergebnis ist, daß der Hunger vielerorts schlimmer ist als zu Kriegszeiten. Sollte die Abschiebung der Flüchtlinge aus Deutschland umgesetzt werden, müßten diese entweder in extra zu errichtenden Massenlagern zusammengepfercht werden oder zu Hunderttausenden perspektiv- und heimatlos im Land umherziehen. Ständig auf der Suche nach einem Dach über dem Kopf, nach Arbeit, Einkommen und Brot, außerdem in ständiger Bedrohung durch die radikalen Nationalisten und Milizionäre der verfeindeten Lager. Die gewalttätigen Angriffe auf Rückkehrwillige im April 1996 waren erst der Vorgeschmack: die Heimatorte von etwa zwei Dritteln der nach Deutschland Geflohenen befinden sich auf inzwischen »fremdem« Territorium - aufgrund einer Gebietseinteilung, die in den Augen der Betroffen eine Festschreibung der ethnischen Säuberungen darstellt. Der bosnisch-serbische Ministerpräsident Klickovic hatte Mitte Mai 1996 ganz offiziell erklärt, daß er trotz der gegenteiligen Garantien im Vertrag von Dayton die Rückkehr von »ethnisch fremden« Flüchtlingen in die ethnisch gesäuberten Gebiete ablehnt.
Selbst die Innenminister Bayerns, Hamburgs und Niedersachsens halten nach ihrer Rundreise durch Bosnien Anfang September 1996 eine Rückkehr der meisten
Flüchtlinge in ihre ursprünglichen Heimatorte nicht für möglich. Nichtsdestotrotz sollen die Bürgerkriegsflüchtlinge nun genauso gnadenlos aus Deutschland vertrieben werden, wie damals aus Bosnien. Die Berücksichtigung ihrer Herkunftsregionen findet nur insofern Beachtung, indem sich Kanther auf eine Liste des UNHCR mit »rückkehrgeeigneten« Kantonen in Bosnien-Herzegowina beruft, die allerdings, so betont das UNO-Hilfswerk, »keine Aufstellung sicherer Gebiete« sei. Was das für die in Deutschland lebenden Bosnierinnen und Bosnier konkret heißt, wird willkürlich von Bundesland zu Bundesland anders interpretiert.
Die Flüchtlinge werden aber nicht nur von ihren einstigen Kriegsgegnern angefeindet und bedroht. Mitunter gelten sie in ihrer Heimat heute als Feiglinge, Deserteure und Verräter. Kriegsüberlebende und Invaliden, die in irgendeiner Behausung notdürftig Unterschlupf gefunden haben, werden aus den Wohnungen geworfen und von einem Stadtteil in den nächsten verlegt, wegen der Rückkehrenden, die jetzt wieder Anspruch auf ihr Eigentum erheben - falls ihre Häuser denn überhaupt noch stehen sollten. Es ist also eine gefährliche Rückkehr, wenn viele Daheimgebliebenen die Geflüchteten heute so sehr hassen wie ihre einstigen Todfeinde im Krieg. Soziale Spannungen sind für die nächsten Jahre vor-programmiert. Die Flüchtlinge wissen selbst am besten, ob überhaupt, und wenn ja, wie, wann und wohin sie zurückkehren können und wollen. Sie sollten gefälligst auch frei und individuell darüber bestimmen können!
Anfang November 1996 kündigte Bundesinnenminister Kanther, nach mehr als einjährigen Verhandlungen, endgültig als »klares Signal«, den Abschluß des Rückführungsabkommens mit Bosnien-Herzegowina an. Auch wenn bis dahin nur vereinzelt nach Bosnien ausgeflogen wurde (es handelte sich bei den ersten um Straftäter, die zuerst beseitigt werden müßten), nun kann mit massenhaften Abschiebungen begonnen werden. Es ist kaum vorstellbar, welche Dimension diese Bevölkerungspolitik mittlerweile angenommen hat. Doch innerhalb dieses Systems, in dem ein Mensch nicht nach Menschlichkeit, sondern nach Verwertbarkeitskriterien wie Leistung und Wirtschaftlichkeit bewertet wird, erscheint eine radikale Bekämpfung der Flüchtlinge durchaus als logisch konsequent. Politiker betreiben Propaganda, Gerichte entscheiden, Minister unterschreiben Verträge. Wer aus einem Krisengebiet kommt, hat kein Anspruch auf Asyl mehr. Mag jemand verfolgt und schutzbedürftig sein, diesen Schutz soll er aber woanders suchen, egal wo, vielleicht irgendwo in Bosnien, jedenfalls nicht in Deutschland.
Es ist daher höchste Zeit, den geplanten Massenabschiebungen Widerstand entgegenzusetzen.
Wer bleiben will, soll bleiben!

Antirassismus Büro
Sielwall 38, 28203 Bremen

La lutte de longue haleine - Der Kampf der „Sans-Papiers" in Frankreich

Knapp ein Jahr ist es nun her, seit die Kirche von St. Bernard in Paris besetzt worden ist. Besetzt von denen, die unter der restrikiver werdenden Immigrationspolitik Frankreichs am meisten betroffen sind: den Sans-Papiers.
Die Sans-Papiers sind MigrantInnen, die ohne Aufenthaltstitel in Frankreich leben: Aus den verschiedensten Gründen verweigert der Staat ihnen die Papiere, die ihren Aufenthalt in Frankreich legalisieren würden. Seit der letzten Gesetzesverschärfung mit den „Lois Pasqua" 1993 ist die Zahl der Sans-Papiers angewachsen, denn seitdem haben selbst die, die seit fünfzehn Jahren in Frankreich leben, kein Anrecht mehr auf eine automatisch erteilte, zehn Jahre gültige Aufenthaltserlaubnis.
Die gewaltsame Räumung von St. Bernard im Rampenlicht der Medien trieb lezten Herbst tausende zum Protest auf die Straße. (siehe ausführlicher zur Räumung: off limits Nr. 15) In der Folgezeit verschwanden jedoch das Interesse der Medien und einer breiteren Öffentlichkeit an der Situation der Sans-Papiers. Aber ihr Kampf geht weiter. Er ist zu einem „lutte de longue haleine", einem Kampf des langen Atems geworden. Neben dem fehlenden Medieninteresse werden die Aktionen der Sans-Papiers erschwert durch die staatliche Repression, der die Illegalisierten täglich ausgesetzt sind: Verhaftungen, Abschiebungen, Verurteilungen. Von den 300 TeilnehmerInnen der ersten Kirchenbesetzung in St. Ambroise Anfang 1996 hatten nur 104 Personen einen Aufenthaltstitel erhalten, 26 wurden abgeschoben. Die restlichen leben immer noch in Unsicherheit. Manchmal aber scheint es, der Staat zögere noch, seine gesamte Macht auszureizen: Madiguène Cissé, Sprecherin des Kollektives der Sans-Papiers in Paris, war verhaftet und verurteilt worden, abermals verhaftet und verurteilt, ist jedoch noch nicht abgeschoben worden, obwohl dies nach dem Gesetz möglich wäre.

Landesweite Kollektive

Das Kollektiv der ersten BesetzerInnen hat in ganz Frankreich NachahmerInnen gefunden. Die einzelnen Gruppen haben sich im Juli 1996 in der „Nationalen Koordination der Kollektive von Sans-Papiers" zusammengeschlossen. Auch Treffen auf internationaler Ebene, mit TeilnehmerInnen aus der BRD, Italien und Belgien haben stattgefunden. Die Bewegung ist aber keinesfalls geschlossen oder einheitlich. Die Kollektive unterscheiden sich erheblich, je nach Ort. Manche Kollektive sind groß und können viele mobilisieren, andere nur wenige. Manch ein Kollektiv tut sich schwer, sich auf eine Strategie zu einigen. Es gibt Kollektive, die sich ausschließlich aus Sans-Papiers zusammensetzen. Andere sind eher ein Zusammenschluß von Organisationen und Gruppierungen, die dann „ihre Sans-Papiers" betreuen. So warb das Kollektiv im 93. Arrondisement von Paris um Patenschaften für ausgewählte Sans-Papiers. Die dann auch promt von Spitzenpolitikern der SozialistInnen angenommen wurden...

Die Karawane im Südwesten

Unterdessen finden regelmäßig Aktionen und Versammlungen der verschiedenen Kollektive statt. Seit der Räumung von St. Bernard sind mehrmals staatliche Verwaltungsbehörden besetzt worden. Ziel der Aktionen ist es nach wie vor, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Im Südwesten des Landes begann Mitte Februar eine Karawane. Die Sans-Papiers begannen in Perigeux und zogen dann über Toulouse und Bayonne von Ort zu Ort bis Bordeaux, der Stadt, in der Premierminister Alain Juppé noch immer Bürgermeister ist. An jeder Etappe, auch in Kleinstädten, wurden die Leute zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen. Ungehindert jedoch konnte die Karawane nicht ziehen. Die Polizei nahm unterwegs eine Verhaftung vor. Die ziehenden Sans-Papiers stoppten als Ausdruck ihrer Solidarität die Karawane und verfolgten, was mit ihrem Mitstreiter geschah.

Internationale Solidarität

Die Forderungen der Sans-Papiers gehen längst über die nach Aufenthaltspapieren und Bleiberecht hinaus. Es ist ein Kampf für die „solidarité internationale concrète". Er beschränkt sich nicht auf die Sans-Papiers, sondern bezieht Forderungen aller MigrantInnen, ArbeiterInnnen und gesellschaftlicher Randgruppen mit ein: „Wir haben gespürt, daß unser Kampf mit allen anderen Kämpfen verbunden werden muß." Migration wird in den Kontext des französischen Kapitalismus und Imperialismus gestellt. Dieser Zusammenhang beginnt bei den Migrationsursachen: die Mehrheit der Sans Papiers kommt aus ehemaligen Kolonien Frankreichs. „Die Kolonisation setzt sich heute in einer noch

Widerstand gegen das „Loi Debré"

59 CineastInnen sorgten im Februar dieses Jahres für ein beträchtliches innenpolitisches Tohuwabohu in Frankreich: Ein von ihnen initiierter Aufruf zum „bürgerlichen Ungehorsam" gegen die neuerliche Verschäfung des Ausländerrechts (sog. „Loi Debré", benannt nachdem Verantwortlichen Innenminister Jean-Louis Debré), in dem sie sich selbst wegen Verstößen gegen das Ausländergesetz anzeigten, fand in kürzester Zeit massenhafte Verbreitung. Innerhalb weniger Tage kamen zehntausende Unterschriften zusammen, die den Aufruf unterstützten, die linksliberale Pariser Tageszeitung veröffentlichte drei Tage lang seitenweise die Namen von Kulturschaffenden etc, die sich gegen die Gesetzesverschärfungen wandten, aber auch StudentInnen- und SchülerInnenverbände wurden aktiv. In ganz Frankreich fanden Demonstrationen gegen das neue Ausländergesetz statt, die zum Beispiel in Paris am Abend der entscheidenden Lesung im Parlament, auch militant geführt wurden. Selbst das Europaparlament in Straßbourg verabschiedete eine Resolution gegen das Gesetz.
Zunächst richtete sich der Protest hauptsächlich gegen die Neuregelung der Meldepflicht für visumspflichtige AusländerInnen. Nach einen bereits 1982 von der sozialistischen Regierung beschlossenen Gesetz ist dieses Zertifikat nötig, um ein Visum zu erhalten, wenn man nicht über genügend Geldmittel verfügt. Das ursprüngliche „Loi Debré" sah vor, die „Beherber-genden" zu einer Art Hilfspolizei für die Behörden zu machen und ihnen aufzuerlegen, die Abreise bei der/dem zuständigen BürgermeisterIn zu melden. So sollte kontrolliert werden, ob die entsprechenden Personen wirklich ausreisen. Im Fall des weiteren Aufenthalts in Frankreich sollten diese leichter aufgespürt werden können und es sollten die Personen festgestellt werden, deren „Gäste" wiederholt der Ausreisverpflichtung nicht nachkamen, um ihnen für die Zukunft die Beherbergungserlaubnis zu verweigern.
Trotz der massiven Proteste wurde dieser Entwurf lediglich dahingehend modifiziert, daß nun die „Beherbergten" ihrerseits die Abreise bei der Polizei angeben müssen.
Die Neuregelung der Erteilung von Beherbergungszertifikaten stellt jedoch nur einen fast marginalen Teil der Gesetzesverschärfungen dar, die im Laufe der Auseinandersetzung zunehmend in den Blick der Protestierenden gerieten, auch wenn sich das mediale Interesse auf den erstgenannten Artikel des „Loi Debré" konzentrierte.
So werden nach dem neuen Gesetz Abschiebungen erleichtert, da die Möglichkeiten, Rechtsmittel einzulegen erheblich eingeschränkt wurden. Mit dem gleichen Ziel wurde die Einführung eines umfassenden Informationssystems beschlossen, vergleichbar dem deutschen Ausländerzentralregister, wo neben Namen und Foto auch die Fingerabdrücke gespeichert werden. Die in Frankreich bislang „lediglich" AsylbewerberInnen umfassende Datei wurde auf weitere Personengruppen ohne französische Staatsangehörigkeit ausgeweitet.
Eine weitere katastrophale Verschärfung bedeutet die neuerliche Regelung, daß in Fällen, wo bisher eine automatischen Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis gewährt wurde, nun nur ein auf 10 Jahre befristetes Zertifikat ausgestellt wird. Mit dieser Verlängerung geht eine Prüfung einher, ob ein Fall der Gefährdung des „ordre public", d.h. der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegt. Dieser schwammige Begriff öffnet der Willkür der ausstellenden Präfekturen Tür und Tor. Was sich unter großer öffentlicher Ankündigung als „humanistischer Beitrag für die Integration der ImmigrantInnen, die schon seit langer Zeit in Frankreich leben" darstellt, entpuppt sich in der Realität als Repressionsmaßnahme mit dem Ziel einer weiteren Destabilisierung und Präkarisierung und als Mittel zur Spaltung in „gute" und „böse" ImmigrantInnen.

gefährlicheren Form fort, deshalb sind wir hier". Weltbank und der internationale Währungsfond diktieren Pläne zur strukturellen Anpassung. Die Menschen verarmen, während die multinationalen Konzenrne profitieren. Durch Militärinterventionen stützt der französische Staat bestimmte afrikanische Führer, die dann wiederum abhängig in der Schuld des Westens stehen. „Der Kern der Frage", so ein Sans-Papier auf einer Diskussion während der Karawane, „sind die Beziehungen zwischen Norden und Süden und die Verteilung der Reichtümer. Man kann nicht immer mehr Wohlstand produzieren und dann einigen verweigern, daran teilzunehmen."
Die Sans-Papiers definieren sich nicht nur nach ihrem illegalisierten Aufenthaltsstatus, sondern begreifen sich auch als Teil der abhängig Beschäftigten. Als solche werden sie in zunehmenden Maße in Abhängigkeit getrieben und einer totalen Unterdrückung unterworfen. Ein Beispiel ist eine neue Bestimmung des „Loi Debré", die die Verlängerung einer langfristigen Aufenthaltsgenehmigung an den Vorbehalt der öffentlichen Ordnung knüpft. Das kann bedeuten: „Wenn ich streike oder demonstriere, störe ich die öffentliche Ordnung". Damit werden mit dem Mittel Aufenthaltspolitik ArbeitnehmerInnenrechte von MigrantInnen drastisch eingeschränkt. Hier zeigt sich, warum Kapitalismus und restriktive Immigrationspolitik sich gegenseitig bedingen. Eingefordert wird die Solidarität von ArbeiterInnen im Norden und Süden und deren Freizügigkeit. Im Mittelpunkt der Forderungen steht aber immer noch ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht aller Illegalisierten und damit der Kampf gegen die repressiven Gesetze. Gemeint sind damit das „Loi Pasqua" und das neue „Loi Debré", das Ende Februar in letzter Lesung vom Parlament verabschiedet wurde (siehe Kasten).

Autonomie bewahren

Die Bewegung der Sans-Papiers verteidigt ihre Autonomie. Anders als etwa in Deutschland, haben sich hier die Betroffenen selbst organisiert. Sie wollen nicht von UnterstützerInnengruppen bevormundet werden, die sich ihre Sache zu eigen machen. Sie wehren sich, daß ihre Forderungen von politischen Parteien oder humanitären Gruppierungen verwässert und verfälscht werden. Oft haben diese versucht, die Sans-Papiers zu legalen Aktionsformen anzuhalten, um so ihre radikalsten Initiativen zu bremsen.
Wie relevant solch Ruf nach Automomie ist, tritt angesichts der Aufrufe zur Patenschaftübernahme von Kollektiven, die zum Großteil aus UnterstützerInnen bestehen, offen zu Tage. Zudem rekrutieren sich die UnterstützerInnengruppen aus völlig anderen Zusammenhängen. ArbeiterInnen sind fast gar nicht vertreten. So fanden sich nach einer repräsentativen Umfrage des IFOP-Instituts unter 3300 TeilnehmerInnen der Pariser Großdemo anläßlich der Verabschiedung des „Loi Debré" lediglich vier Prozent ArbeiterInnen, während fast



Protest gegen die neuerliche Verschärfung der Ausländergesetze

die Hälfte der DemonstrantInnen eine universitäre Bildung besaß. (junge welt 28.2.97)

Ignoranz der Linken

Die Befragung des IFOP-Instituts ergab weiterhin, daß sich 84 Prozent der DemonstrantInnen als Linke bezeichneten: Darunter befanden sich 15 Prozent radikale Linke, 15 Prozent KommunistInnen und 36 Prozent SozialistInnen. Zugleich aber wurde das Mißtrauen deutlich, das viele ihren eigenen Parteien entgegenbringen: Ganz überwiegend waren die Demonstrierenden der Meinung, daß die kommunistische und sozialististische Partei ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung gegen die neuen Gesetze nicht genug ausgenutzt hätten. Mehr noch: Fast die Hälfte ist der Ansicht, daß die Linke im Fall einer Regierungsübernahme „genauso streng" wie die Rechte die Immigrationspolitik vorangetrieben hätte. Diese Ergebnisse überraschen kaum.
Als Debré den Gesetzesentwurf dem französischen Parlament zur ersten Lesung gab, da erschienen ganze drei KommunistInnen und ein sozialistischer Abgeordneter bei der Parlamentsdebatte. Ganz im Sinne der Konservativen und der Front National: die nutzten die Gelegenheit und verschärften einige Bestimmungen des Gesetzesentwurfes. Linke Parteien und antirassistische Organisationen schwiegen.
Dies ist nicht weiter verwunderlich, haben die französischen Linksparteien in der Vergangenheit doch entweder rein taktisch agiert oder sind ihrerseits durch eine rassistische Politik in Erscheinzng getreten. Noch vor wenigen Jahren forderten die KommunistInnen zum Beispiel oftmals die völlige Schließung der Grenze im Interesse der französischen Arbeiterklasse, ein kommunistischer Bürgermeister gab anfang der 90iger sein O.K. zu einer illegaler Zerstörung einer Flüchtlingsunterkunft.
Der sozialistische Oppositionsführer in der Nationalversammlung Laurent Fabius erklärte 1984: „Le Pen apporte de mauvaises solutions à des bonnes questions" - Front Nationalführer Le Pen gibt die falschen Antworten auf die richtigen Fragen. Und Michel Rocard der sozialistische Ex-Preminierminister gab vor wenigen Jahren noch die Parole aus „Frankreich könne nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen", um neuerdings aus taktischen Gründen unter dem Druck antirassistischer Bewegungen die restriktive Immigrationspolitik der Linken während ihrer Regierungszeit zu kritisieren. (junge welt 28.2.97).
Die Sans-Papiers jedenfalls können wohl auch in der Zukunft kaum eine ernsthafte Unterstützung von der traditionellen Linken erwarten.

Cindy und Bert

Hausdurchsuchung bei BBA

(Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen) und im Infoladen Umschlagplatz (Bremen)
Am 25.4.97 sind die Räume zum wiederholten Male durchsucht worden.
Der Grund der Duchsuchung war ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Menschen aus Bremen , die beim Kleben von Spuckis, die sie angeblich in einem der zwei Läden gekauft haben sollen, von der Polizei kontrolliert wurden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben die Spuckies "...volksverhetzenden Inhalt und stellen Gewalt in einer die Menschenwürde verletzenden Weise dar". Außerdem sollen sie öffentlich zu Straftaten auffordern.
Bei der Durchsuchung durchwühlten ca. 10 BeamtInnen sämtliche Räume im Haus St. Pauli Str. 10/12, vermaßen Regale und Möbelstücke und fertigten Skizzen der Räume an. Außerdem fotografierten sie wild in der Gegend herum.
U.a. wurden drei Exemplare des Buches "Sie behandeln uns wie Tiere, Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland", herausgegeben vom Antirassismusbüro Bremen, beschlagnahmt.
Gegen die Durchsuchung und Beschlagnahmung wurde Widerspruch eingelegt.

Wie "normal" ist Krefeld?

In der Nacht vom 30. auf den 31.3.97 wird ein Brandanschlag auf die Wohnung der Familie D. in Krefeld verübt; Fadime D. und ihre Tochter Serpil sterben beim Sprung aus dem Fenster der 3. Etage, der Sohn Ümit erstickt in der Wohnung, zwei Töchter überleben den Todessprung und liegen schwerverletzt im Krankenhaus.
In der Nacht zum 4. April wird der Vater Aziz D. verhaftet. Eine "Familientragödie" soll der Hintergrund sein. Mir geht es hier nicht darum, zu wissen oder zu beweisen, ob es ein rassistischer oder sexistischer Brandanschlag war, es gibt beide Möglichkeiten. Der Beschuldigte hat sich dazu nicht geäußert. Auch Geheimdienste können ihre Finger im Spiel haben.
In Krefeld und jedem anderen Ort in Deutschland verbreitet sich Angst, Schrecken und Wut unter ImmigrantInnen. Die Kinder verbringen schlaflose Nächte, schlafen nicht mehr allein und fragen, warum soetwas passiert, warum die Deutschen sie verbrennen wollen. Die Demonstrationen gegen die gerade eingeführte Visumspflicht, an der sich viele Kinder beteiligt hatten, sind noch aktuell im Bewußtsein.
Viele ImmigrantInnen hoffen trotzdem, daß es kein Brandanschlag gewesen ist, weil sie hier leben - und leben wollen; dies steht der Schärfe der rassistischen Angriffe entgegen. Sie haben kein Interesse an der Polarisierung der Gesellschaft.
Am Ostermontag findet in Krefeld eine Demonstration mit 3000 Menschen statt, darunter wenige Deutsche. In den folgenden Tagen wird über den Hintergrund der Tat spekuliert, auf der nationalistischen Ebene



findet ein politischer Schlagabtausch zwischen der Türkei und Deutschland statt. es entsteht ein "enormer politischer Druck" wie es von den Ermittlungsbehörden genannt wird. Die Funktionalisierung der Ermordeten bewegt sich auf verschiedenen Ebenen:
Für einen fremdenfeindlichen Hintergrund liegen keine Anhaltspunkte vor, teilt die Polizei mit. Als die türkische Regierung offensiv das rassistische Klima in der BRD als Ursache benennt, wird dies von der deutschen Regierung scharf zurückgewiesen. Über Ostern sind kurdische Gebiete von türkischen Militärs bombardiert worden und die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen verstummt nicht. Kohl hatte einige Tage vorher verlauten lassen, daß die Türken nicht zur Zivilisation Europas gehören. In türkischen Zeitungen wird der Vergleich mit Nazi-Deutschland gezogen. Innenminister Kanther kontert: Eine Ungeheuerlichkeit, denn rassistische Gewalt gibt es eigentlich in Deutschland nicht. Wenn Skins Italiener, Engländer, Türken angreifen, dann hat das mit Rassismus nichts zu tun, sondern mit allgemeiner Aggressionsbereitschaft. Wenn in Mölln und Solingen Menschen aus der Türkei verbrannt werden, dann wegen der sozialen Unsicherheit der Täter. Wenn ein Deutscher aus Buchholz einen Schwarzen ermordet, dann ist dies Totschlag im minder schweren Fall, weil der Deutsche sich in seiner "Befindlichkeit" gestört fühlen durfte. Privat sind die Motive - nicht rassistisch.
Diese Entpolitisierung der Taten geht einher mit dem Schutz deutscher Täter, wenn immer dies möglich ist. Der Brandanschlag von Lübeck gibt dazu das aktuelle Beispiel.
Rassistische Gewalt soll zur normalen akzeptierten Gewalt werden, die zur Realität gehört, die unvermeidbar ist, losgelöst von politischen Verhältnissen und Motiven.
Der Brandanschlag von Krefeld macht deutlich: bei einem rassistischen Anschlag würde für alle Akteure die politische Brisanz derzeit noch auf der Hand liegen. Ein Anschlag aus sexistischer Motivation würde allenfalls ein Schulterzucken hervorrufen. In der patriarchalen Gesellschaft ist der Mord an Frauen Alltäglichkeit. Er hat keinen politischen Hintergrund mehr, ist privat, entpolitisiert - eben normal. Die Hierarchisierung der Gewaltververhältnisse scheint bestätigt, wenn die gemischt-linken Zusammenhänge, die eine anti-patriarchale-Diskussion geführt haben, sich uninteressiert abwenden, weil "nur" sexistische Gewalt im Spiel sein soll. (Ist es möglich, daß Männer durch die Legitimation rassistischer Brandanschläge auf die Idee kommen, sexistische Brandanschläge durchzuführen?)
Drei Menschen sind ermordet worden und die Gewaltverhältnisse werden hierarchisiert. Die Frauenbewegung kämpft seit Jahrzehnten dafür, die Gewalt gegen Frauen als Gewalt zu benennen, sie gesellschaftlich sichtbar zu machen und sie in den patriarchalen Zusammenhang zu stellen. Die anti-rassistische Bewegung muß diesen Widerstand einbeziehen, ohne den sie Gefahr läuft, zu scheitern.

Mumia Abu-Jamal

In der letzten Ausgabe der Zeck wurde über die Entscheidung des Supreme Court of Pennsylvania berichtet, der den Antrag der Verteidigung eine mündlichen Anhörung zuzulassen am 27. Februar negativ entschied. Diese Entscheidung hat für die noch ausstehende Verhandlung über die Wiederaufnahme des Verfahrens, die ebenfalls vor dem Supreme Court stattfinden wird, hohe Bedeutung.
In den letzten 2 Jahren haben Privatdetektive (in den USA ist es Praxis, sofern sich die KlientInnen es sich leisten können, daß Detektive von der Verteidigung mit Recherchen beauftragt werden) mehrere ZeugInnen ausfindig gemacht, die in der Nacht der Schießerei am Tatort gewesen sind.
Pamela Jenkins, eine der HauptentlastungszeugInnen, erklärte eidesstattlich am 3.04. 1997, daß "eine der Frauen, mit denen ich rumhing, Cynthia White ist, die ich auch unter den Spitznamen "Lucky" und "Cindy" kenne. Ich weiß, daß Cynthia White als Prostituierte zwischen 1980 und 1981 im Innenstadtbereich arbeitete, insbesondere in der Gegend um Locust und 13te Straße, daß sie eine Informantin der Polizei war, und das sie Polizeibeamten in dem Bezirk durch Gefälligkeiten half. Während der gleichen Zeit erzählte mir Cynthia White, daß sie Angst vor der Polizei hätte, und das Polizeibeamte sie bedrängen würden, Aussagen über die Schießerei zu machen. Lucky erzählte mir auch, daß wegen des Falles Jamal, ihr gedroht worden sei, sie umzubringen. Kurz danach verschwand Lucky".
Wo sich Cynthia White gegenwärtig befindet, ist unklar. Es wird vermutet, daß sie von den Bullen versteckt wird, um zu verhindern, daß sie entlastende Aussagen macht. Pamela Jenkins hat sie in einem offenen Brief aufgefordert, sich bei der Verteidigung zu melden.
Die Aussagen von Veronica Jones, die ebenfalls von massiven Einschüchter-ungsversuchen der ermittelnden Bullen berichtete, sowie die Aussagen von Pamela Jenkins und anderen ZeugInnen, sind von Richter Sabo in dem vorhergehendem Verfahren als Beweismittel nicht zugelassen worden und damit kein Gegenstand der Gerichtsakten. In diesem Verfahren hatte Sabo eine Wiederaufnahme des Verfahrens und einen neuen Prozeß abgelehnt. Da der Supreme Court of Pennsylvania eine mündliche Anhörung, bei der diese Aussagen zur Sprache gebracht worden wären, nicht zuläßt, wird nun nach Aktenlage entschieden.
Der Gouverneur Pennsylvanias', Thomas Ridge, hat angekündigt, daß er einen neuen Hinrichtungsbefehl sofort unterschreiben wird, falls der Supreme Court die Wiederaufname des Verfahrens negativ entscheidet.
Ein Termin für die Entscheidung des Supreme Court steht noch aus.

Prozeß wegen Demo

Am 12. Juni und 26. Juni, jeweils ab 9.00 Uhr soll nun der Prozeß gegen Claus und Gunnar stattfinden.
Wir haben im Laufe der letzten 2 Jahre schon viel darüber geschrieben und erzählt. Hier noch mal ein paar Eckdaten zur Erinnerung:
Am 16.06.95 (2 Jahre vor Prozeßbeginn) fanden zwei Demos wegen der 3 Tage zuvor stattgefundenen Razzien gegen radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und RAF statt. Die erste Demo, am Nachmittag des 16.06.95, wurde von den Bullen wegen Vermummung verhindert, die zweite, die abends von der Flora aus losgehen sollte, kurz nach Verlassen der Flora von einem großen Bullenaufgebot zusammengeknüppelt, vorneweg mal wieder der Einsatzzug Mitte. Es gab über 30 Festnahmen und mindestens 4 Schwerverletzte. Gegen vier Personen der damals Festgenommenen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet: Ein Verfahren endete mit einem Strafbefehl, ein anderes mit einem Freispruch. Es gibt verschiedene Gründe dafür, daß Claus und Gunnar, die zu den Verletzten gehörten und beide nach ihren Verhaftungen in einem Krankenhaus behandelt wurden, die einzigen sind, gegen die es jetzt zu einem Prozeß kommt.
Unter dem Eindruck der Prügelorgien stellten zwei GAL-Leute Strafanzeige gegen die Bullen wegen Körperverletzung im Amt. Dieser Anzeige schloß sich später Gunnar an. Mit diesen Strafanzeigen kam die DIE (Dienststelle für interne Ermittlungen) auf den Plan, eingerichtet während des sog. "Polizeiskandals" zur Befriedung der Öffentlichkeit. Wie nicht anders zu erwarten, war es die DIE, die unter dem Mantel der "Objektivität" begann, gegen Gunnar zu ermitteln und dazu beitrug, daß die Verfahren gegen Claus und Gunnar möglich wurden.
Staatsanwaltschaft, DIE und Gericht sorgten dafür, daß zuerst der Prozeß gegen Claus und Gunnar stattfindet und bis dessen Ende im Verfahren gegen die Bullen nichts passiert, um mit einer Verurteilung von Claus und Gunnar die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß es erst gar nicht zur Anklageerhebung gegen die Bullen kommt.
Über die Hintergründe des Prozesses und unsere Einschätzung dazu machen wir am **Mittwoch, dem 28. Mai um 19.30 Uhr** in der Flora, Leoncavallo-Raum eine Informationsveranstaltung.

Prozeßgruppe 16.06.



Wir dokumentieren im Folgenden das Flugblatt der „BaSchu-Initiative", auf das sich die Kritik auf Seite 11 bezieht

Wir wollen einen Schutzraum vor Drogen auf öffentlichen Kinderspielplätzen

An alle, die hier im Viertel mit Drogen handeln oder sie konsumieren

Nach über zwei Jahren Planung und Bau wird demnächst der Spielplatz im Hof zwischen Bartelsstraße und Schulterblatt - von uns Baschu genannt - fertiggestellt. Der Platz wurde sehr stark aus dem Viertel mitgestaltet. Auch für den Park hinter der Roten Flora hat sich eine Anwohner-Initiative gebildet, die in Zusammenarbeit mit den Behörden eine baldige Neugestaltung des Geländes betreibt. Das Ziel lautet, ebenso wie für den Baschu: Schaffung und Erhaltung eines wichtigen Ortes für Kinder und Nachbarschaft.
In letzter Zeit haben wir leider häufiger auf beiden Plätzen Spritzen gefunden und beobachtet, daß gedealt wird und Depots angelegt wurden. Im Interesse der Kinder im Stadtteil fordern wir euch auf:
Keine Drogen, kein Dealen und keine Depots auf dem Baschu, im Flora-Park und anderen Spielplätzen!
Bitte erledigt diese Angelegenheit nicht auf unseren Plätzen!

Wir wissen, daß Verdrängung und Kriminalisierung keine Lösung für das Problem Drogen darstellen und unterstützen die Forderungen nach verbesserten Hilfsangeboten und Freiräumen, in denen Abhängige ohne Angst mit ihrer Sucht umgehen können. Solange aber keine politischen Lösungen gefunden sind, leben auch wir mit unseren Ängsten: stellt euch vor, ein Kind sticht sich an einer achtlos liegengelassenen Spritze oder spielt mit dem Inhalt eines Depotpäckchens...
Das Leben für Kinder hier im Schanzenviertel ist ohnehin schwierig, so daß wir besondere Rücksicht für notwendig und selbstverständlich halten. Gemeinsam mit den Einrichtungen FixStern und Palette e.V. haben wir daher diskutiert, die öffentlichen Spielplätze zu "Schutzräumen" für Kinder vor Drogen zu machen. Wir suchen keine Konfrontation, wollen aber klarmachen, daß wir Drogenhandel und -konsum auf dem Baschu oder im Flora-Park nicht akzeptieren. Daher kündigen wir an:
Der Baschu und der Flora-Park hat viele Fenster und viele Augen. Wir bekommen mit, was auf dem Platz geschieht und werden alle ansprechen, die sich nicht an die Grenze halten. Alle Nachbarn werden aufgefordert, unsere Forderung aktiv zu unterstützen.
Wir suchen und zerstören jedes Depot.

Wir möchten zu einem besseren Umgang miteinander hier im Viertel finden - darum schont unsere Schutzräume auf dem Baschu und im Flora-Park. Nur so können beide Anlagen als öffentliche Plätze für alle erhalten bleiben. Jeder, der unsere Toleranzgrenzen akzeptiert, ist willkommen, diese Plätze mit uns gemeinsam zu nutzen.
Baschu-Initiative
Anwohner-Initiative Flora-Park

Die Initiative "Schutzraum vor Drogen auf öffentlichen Kinderspielplätzen" wird getragen von:
Elterninitiative BaSchu/ BaSchu e.V.
freiraum hamburg e.V./Café FixStern
Wohnprojekt Schanzenstraße 41
Alchemilla e.V. (Heilkundeausbildung für Frauen)
Anwohner-Initiative Flora-Park
Palette e.V.
STEG Hamburg

Kontakte: BaSchu e.V. Karen Hosse, Tel. 435734
Anwohner-Ini Flora-Park: Tel. 4300045



Fixerräume statt Schutzräume
Soziale Integration statt Ausgrenzung

Wir, einige Anwohnerinnen und Anwohner des Schanzenviertels und Menschen, die sich täglich hier aufhalten, wenden uns gegen das Projekt, den Flora-Park und Baschu-Spielplatz zu "Schutzräumen"zu erklären.

Wir können die Sorgen vieler Leute mit Kindern nachvollziehen. Die Angst vor herumliegenden Spritzen auf dem Spielplatz oder vor Depots von kleineren Mengen Drogen, die an die Kids gelangen könnten. Es können jedoch andere Vorgehensweisen als "Schutzräume" gefunden werden. So in Ordnung wir es finden, darum zu bitten, auf Spielplätzen nicht zu drücken und zu dealen, so falsch finden wir es, dies als "Schutzräume" zu titulieren. Schutzraum legt nahe, es bestehe eine direkte Bedrohung durch DrogenbenutzerInnen. Schutzräume legen außerdem eine offensive repressive Durchsetzung nahe. Weitere Forderungen, über die eigene Befindlichkeit hinaus, tauchen nicht mehr auf. Die menschenverachtende Drogenpolitik, die diese Situation erst schafft, wird nicht kritisiert.
Diesen Versuch, ein weiteres Mal auf dem Rücken Drogenabhängiger, öffentliche Aufmerksamkeit für die Sorgen der eher etablierten BewohnerInnen dieses Viertels herzustellen, lehnen wir ab. Dieses Vorgehen schafft lediglich eine weitere Stigmatisierung von Drogenabhängigen und bedeutet Rükkendeckung für die unmenschliche Vertreibungspolitik durch Polizei und Senat. Die gruselige Entwicklung im Schanzenpark, wo "Bürger" in Zusammenarbeit mit der Polizei gegen die Drogenszene vorgehen, macht uns wütend und läßt uns hier frühzeitig gegen eine solche Entwicklung Stellung nehmen.



Statt "Schutzräumen", die auf Ausgrenzung und gesellschaftliche Isolation von DrogenbenutzerInnen setzen, fordern wir grundsätzlichere Maßnahmen. Wir erwarten von Leuten, die öffentlich Räume besetzen, wie die Baschu- und Flora-Park-AnwohnerInnen-Initiative, daß sie sich Gedanken über ihren eigenen Tellerrand hinaus machen. Wo sollen DrogenbenutzerInnen ihre Drogen nehmen, wenn sie von überall vertrieben werden? Wenn Leute, die fixen, im Baschu oder hinter der Flora landen, dann, weil sie sonst überall verjagt werden. Mit repressiven Mitteln wie "Schutzräumen" läßt sich dies nicht lösen! Wo werden offensiv öffentliche Fixerräume gefordert? Wenn die Initiativen gegen den illegalen Verkauf von Drogen sind, wo setzen sie sich für legale Verkaufstellen ein? Wie wollen sie das Fixverbot durchsetzen. Einlaßkontrollen und Leute an den Armen auf Einstiche untersuchen? Bürgerwehren, die patrouillieren? Woran sollen



überhaupt vermeintliche DealerInnen erkannt werden? Mit rassistischen Wahrnehmungen wie bei der Polizei. Am Schanzenpark werden Leute lediglich aufgrund ihrer Hautfarbe Polizeikontrollen und Platzverweisen ausgesetzt. Mit einem großen Tam-Tam wird jetzt ein "Schutzraum" im Baschu eingerichtet, der RechtspolitikerInnen wieder neue Munition liefert.
Wir halten dies für die völlig falsche Herangehensweise. Stattdessen fordern wir mehr Fixerräume. Die Kapazitäten reichen längst nicht aus. Wir wollen, daß eine Form der legalen Abgabe von Drogen eingerichtet wird und vermehrt Hilfsangebote für AussteigerInnen geschaffen werden. Überall in der Stadt müssen ausreichend Spritzentauschautomaten und -abwürfe aufgestellt werden.
Mit Maßnahmen, die die politische Stigmatisierung und die Ausgrenzung steigern, läßt sich für niemanden hier eine Verbesserung schaffen. Sollen Kids nur noch in eingezäunten Ecken rumrennen? Solange hier in der Großstadt gelebt wird, gibt es eben auch Situationen, die für Kinder, vor allem aber in den Vorstellungen deren Eltern, gefährlich sind. Es geht darum, ein solidarisches, antirassistisches Miteinander-Leben zu entwikkeln und nicht darum, mit Gewalt und Repression auf sowieso schon Ausgegrenzte draufzuhauen. Es geht darum, sich nicht abzugrenzen vor gesellschaftlichen Problemen, sondern mit diesen umzugehen.
Die Baschu und Flora-Park-Ini unterstützen mit ihren unreflektierten Öffentlichkeitsaktionen, die nichts in ihrem Sinne nützen werden, leichtfertig die derzeitige Hetze à la Wrocklage gegen die ausgegrenzte Bevölkerung. Immer mehr Menschen werden aus immer mehr öffentlichen Räumen ausgeschlossen. Ist da ein "Schutzraum" das richtige Signal? Wir sehen schon die Schlagzeilen: "Bürger im Schanzenviertel gegen Junkies und Dealer" - "CDU fordert mehr Polizei" -"Kinderrasseln gegen Verschmutzung des Schanzenviertels durch Fixer". Gerade im Wahlkrampf muß mensch doch bedenken, was für eine öffentliche Wirkung entsteht. Weshalb neben anderen Initiativen Fixstern diese Aktion unterstützt, verstehen wir nicht.
Auch wenn wir heute gegen die Aktion "Schutzraum" protestieren, um eben jene öffentliche Wirkung zu verhindern, wollen wir nicht in Bausch und Bogen polemisieren, sondern die Möglichkeit für eine kritische Auseinandersetzung offenhalten. Wir hoffen, daß unsere Aktion in diesem Rahmen nicht leichtfertig abgetan wird. Im übrigen halten wir es für einen Fehler, mit der Steg zusammenzuarbeiten, die ganz aktuell mal wieder der Umstrukturierung Vorschub leistet mit ihrer Yuppie-Kneipe im Schlachthof. Aber das ist ein anderes Thema. Aber vielleicht auch nicht. Denn die ständige Sanierung des Stadtteils im Sinne einer etablierten Mittelschicht, bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensverhältnisse für ärmere Leute, hat eben auch etwas mit Umstrukturierung und Vertreibung zu tun. Dies ist derzeit auch bei der Diskussion um das Hotel im Schanzenpark zu sehen.
Statt Schutzräumen wollen wir ein menschenwürdiges Leben für alle, die sich hier aufhalten. Dies kann sich nur entwickeln, wenn über den eigenen Privilegierten-Status hier hinausgedacht wird. Wir fordern, daß die Initiativen, die "Schutzräume" schaffen wollen, diese Entscheidung erst nochmal öffentlich aufheben, um angesichts dieser Punkte nochmals darüber zu diskutieren. Eine Aufforderung, auf Spielplätzen bitte keine Drogen zu nehmen und die Aufstellung von Spritzenabwürfen drumherum, bringen mehr, als die Einrichtung polemisierender und ausgrenzender "Schutzräume". Wir werden in nächster Zeit von uns aus provisorische Spritzenabwürfe im Schanzen- und Florapark aufstellen, um damit einen Anfang zu machen, ohne Repression gegen DrogenbenutzerInnen, Kids vor eventell rumliegenden Nadeln zu schützen. Weitergehend müssen wie gesagt aber Spritzentauschautomaten, mehr Fixräume und eine Legalisierung der Drogen her.

Keine Ausgrenzung sogenannter randständiger Menschen
Kampf dem Sozialabbau, Umstrukturierung und Vertreibung
Keine Platzverweise nirgendwo für niemanden
Kein Hotel im Wasserturm

Wir fordern außerdem:
Fixerräume, Legalisierung, soziale Absicherung für Alle

Sich wehren, heißt, sich nicht dem Wunsch nach einfachen Lösungen zu ergeben, sondern Perspektiven zu entwickeln, die über die eigene Subjektivität hinaus Gültigkeit behalten können.
Der Wunsch nach einfachen Lösungen heißt immer Krieg.

Castor-Nachbereitungstreffen
Was im Kopfe hängenblieb

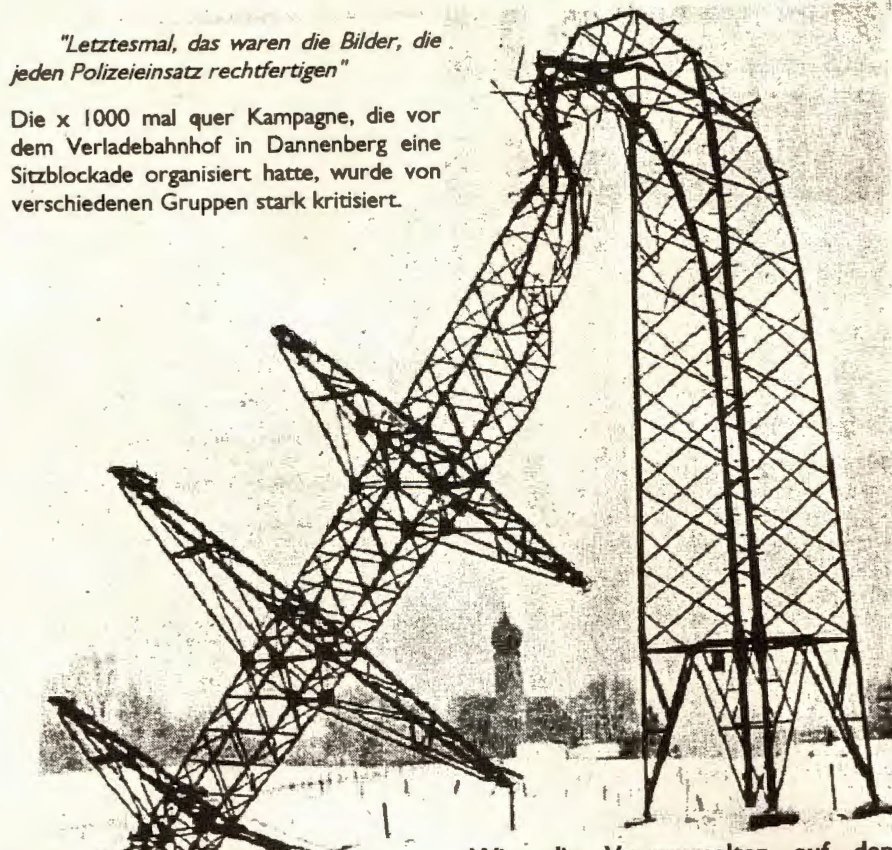
Am 12. April gab es im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein bundesweites Deli-Nachbereitungstreffen zu x^3. Wir fuhren mit einiger Kritik an "die Gewaltfreien" hin -waren damit gar nicht alleine- und merkten, daß es "Die Gewaltfreien" so gar nicht gibt. Aber der Reihe nach...
In den Trebeler Bauernstuben trafen sich ca. 70 Deligierte verschiedenster Anti-Castor-Gruppen. Der Großteil kam aus Orten und Städten entlang der Transportstrecke sowie aus Norddeutschland und Berlin.
Am Anfang standen Berichte von Aktionen in Neckarwestheim und entlang der Transportstrecke. Der Widerstand ging zum Großteil von "Szenestandorten" wie Rhein/Maingebiet und Göttingen aus und nahm mit der Nähe zum Wendland zu.
Bei Dahlenburg konnte erfolgreich der Transportzug blockiert werden. Die Einschätzung dazu war, daß der Zug umgedreht wäre, wenn aus den östlichen Camps (wie vorher vereinbart) mehr Leute dem Zug entgegengegangen wären. Die Camps in Hitzacker, Splietau usw. waren, warum auch immer, hierzu nicht in der Lage.

" vom schwarzen Block waren bei uns nur so 50-60 Leute"

Das "Hamburger" Camp in Quickborn lag direkt an der Route, die die Bullen freihalten wollten und hatte dadurch einen schweren Stand. Wir wollen hier nicht über ein Camp urteilen, an dem wir nicht teilgenommen haben. Der Eindruck blieb bei uns, daß eine erfahrene Struktur, die einschätzen kann, was auf sie zukommt, als Campleitung gefehlt hat.
Das Streckenkonzept wurde leider nicht mehr diskutiert. Wir halten es für wichtig, in unseren Strukturen dieses Konzept zu reflektieren und zu modifizieren. Unabhängig davon, ob und wann der Castor-Behälter wieder nach Gorleben rollt.
Daß der nächste Transport nach Ahaus gehen wird, ist mittlerweile klar. Es gibt bereits Gruppen und Vorbereitungstreffen, die sich auf den Transport vorbereiten. Die im Wendland gemachten Erfahrungen, werden in diese Mobilisierung einfliessen. Die Sichtbarkeit von radikaler Kritik an der Atomwirtschaft hat im Wendland weitgehend gefehlt. Der Grund ist nicht die Dominanz der x 1000 mal quer Kampagne, sondern eine fehlende genauere politische Bestimmung von autonomer Seite, die über das Ablehnen von Atomenergie hinausgeht. Die herrschende Atompolitik als *einen Teil* staatlicher Politik zu denunzieren, die wir grundsätzlich ablehnen und an deren Reformierung, sei es in Diskussionen über Energiekonsensgespräche oder "humanitärere" Abschiebungen, wir uns nicht beteiligen werden, muß inhaltlich wieder gefüllt werden.

"Letztesmal, das waren die Bilder, die jeden Polizeieinsatz rechtfertigen"

Die x 1000 mal quer Kampagne, die vor dem Verladebahnhof in Dannenberg eine Sitzblockade organisiert hatte, wurde von verschiedenen Gruppen stark kritisiert.



Nicht nur die von ihnen gewählte Sprache -s.o.-, die immer wieder einen Umgang mit Begriffen und Bildern beinhaltete, der in den herrschenden Medien üblich ist und verschiedene Widerstandsformen gegeneinander ausspielt und ausschließt, das Verhalten der Sprecher im Lautsprecherwagen vor dem Verladebahnhof und die von ihnen mitproduzierte Stimmung, andere Widerstandsformen als die Sitzblockade nicht zuzulassen und zu denunzieren, war Inhalt der Kritik.
Daß die Straße vor dem Verladebahnhof für die Sitzblockade gewählt wurde, war schon Monate vor dem Transport umstritten gewesen. Auf einem Vorbereitungs- und Deligiertentreffen im September 1996 wurde der Verladebahnhof als Ort für die Sitzblockade abgelehnt. Begründet wurde diese Entscheidung vor allem damit, daß ihr Konzept keinen Platz für andere Aktionsformen ließ.
Eine inhaltlich gefüllte Reaktion auf die an ihnen geübte Kritik blieb aus. Es wird auf der Anti-AKW-Konferenz, die Ende Mai in Münster stattfindet, eine Arbeitsgruppe geben, die sich mit der Kritik an x-1000 mal quer beschäftigen wird. Das Verhalten der Deligierten der x 1000 mal quer Kampagne bezüglich der an ihnen geäußerten Kritik, wird maßgeblich für eine weitere Zusammenarbeit sein. Es liegt an ihnen, ihre Politik zu ändern.

Die Vergewaltigung und der anschließende Selbstmord einer Frau aus einem Camp ist der Grund für die folgende Resolution:

Wir, die Versammelten auf dem bundesweiten Anti-Castor-Deligiertentreffen, erklären:
Während der Aktionstage um NIX^3 wurde eine Frau vergewaltigt. Sie nahm sich im März das Leben.
Wir finden nicht die Worte, um unsere Trauer und Betroffenheit auszudrücken. Diese Vergewaltigung ist Ausdruck der alltäglichen sexualisierten Gewalt gegen Frauen, die auch in unserer Bewegung vorhanden ist. Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen wurde und werden in der Anti-Atom-Bewegung bisher fast gar nicht thematisiert. Es muß erst die extremste Form von Männergewalt passieren, bevor wir uns damit auseinandersetzen.
Zu viele von uns wollen sich nach wie vor nicht mit anderen Herrschaftsverhältnissen als dem politisch begrenzten CASTOR-Konflikt beschäftigen.
Unser Widerstand richtet sich nicht nur gegen den einzelnen Atromtransport, sondern gegen alle Gewaltverhältnisse in unserer Gesellschaft. Wenn wir in der Anti-Atom-Bewegung etwas zur Überwindung dieser Verhältnisse beitragen wollen, ist unsere Arbeit untrennbar von der Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen und anderen Unterdrückungsmechanismen.
Vergewaltigung ist dabei die weitgehendste Form. Diskriminierung fängt auch bei uns mit Redeverhalten, Gruppenstrukturen und in Beziehungen an.
Solange wir (speziell die Männer von uns) Gewalt und Herrschaft gegen Frauen nicht angehen, muß es nicht wundern, wenn wir Unterdrückung von Frauen reproduzieren - auch am Tag X.

... manchmal muß man fragen, um sie zu verstehen.

Nach langer Aufwärmphase wird es ihn nun endlich geben: den Edutaiment-Club, also den Versuch einer Überwindung der Trennung von moralinsaurer „education" und beliebigem, nur Zerstreuung suchendem „entertainment". Für unsere erste Veranstaltung in der Roten Flora haben wir uns das Thema Kritik, Distanz, Ausstieg gewählt.
Unserer Meinung nach gibt es viele gute Gründe, mit autonomer Politik, wie sie praktiziert wurde und wird, aufzuhören. Und wenn wir uns so umschauen, vollziehen fast alle früher oder später diesen Schritt und ziehen sich schnell oder langsam, auf jeden Fall meist sehr leise aus „der Szene" zurück. Dagegen wollen wir die Entscheidungsprozesse, die mit diesem Schritt bzw. diesen Schritten verbunden sind, aus der Sphäre der Reflexion in Tagebüchern oder an WG- und Kneipentischen herausholen und sie in die Öffentlichkeit bringen. Wir denken, daß in dem Unwohlsein in und dem sich Abkehren von der Szene viel steckt, was wichtig wäre, politisch zu diskutieren, um gemeinsam daraus zu lernen. Mit unserer Veranstaltung versuchen wir also rauszufinden, was in „der Szene" eigentlich so schief läuft, daß es scheinbar niemand auf Dauer darin aushält, geschweige denn sich besser fühlt, als in der „herrschenden Realität".
Dabei wollen wir weder die Gründe für den Ausstieg aus den Strukturen der „revolutionären Linken" in der mangelnden politischen Überzeugung bei den betreffenden Menschen suchen, noch ihnen unterstellen, daß sie bloß den Verlockungen des „verhaßten Systems" erlegen seien.
Vielmehr wollen wir die Kritik umdrehen. D.h., das Ziel unserer Veranstaltung ist, die autonome Szene (und damit immer auch uns selber, die wir zwar zunehmend distanziert, aber immer noch Teil dieses Haufens sind) zu kritisieren und dafür zu plädieren, so nicht weiter zu machen.
Damit bilden wir quasi eine Gegenstimme im Orchester der Durchhalteparolen, denn wir denken nicht, daß die Krise der Autonomen wie die Jahreszeiten kommt und geht und „wir" nur die Zähne zusammenbeißen müssen, bis sie überwunden ist. Auch darin, daß sich die Krise einfach wegbeschwören läßt, indem mensch behauptet, es gäbe sie nicht, haben wir wenig vertrauen. Wir wollen weder Krisenmanagement, noch Zauberei, sondern Neuorientierung!
Genausowenig glauben wir (die wir selber mehr oder weniger in die Jahre gekommen sind) daß die autonome Bewegung eine Jugendbewegung ist, aus der zu verabschieden sich mit den Jahren von selbst ergibt, nach dem Motto: es war eine gute, wilde, verspielte, idealistische, träumerische und ein bißchen naive Zeit, die den Ernst des Lebens nicht kannte.

Perspektiven

Uns ist es ernst! Die Frage nach dem Ausstieg ist für uns letztlich eine Frage nach den Perspektiven der eigenen Politik. Oder anders: wenn unsere Politik keine weiterreichenden Perspektiven beinhaltet, dann stimmt was nicht, dann ist sie falsch und es wird höchste Zeit sich von ihr zu verabschieden - und eine neue Politik zu bestimmen!
Daß die sich nicht „einfach" bestimmen läßt, ist klar. Wahrscheinlich läßt sie sich noch nicht einmal denken. Linksradikale, autonome Utopien bilden immer noch den Horizont unserer Wünsche und unserer politischen Bestimmung, trotzdem sehen wir ein Scheitern an diesen Utopien, und zwar nicht in dem Sinne von zu hoch gesteckten Zielen, denen wir uns zu langsam nähern, sondern im *prinzipiellen* Reproduzieren von Verhältnissen, die in unserer Utopie eigentlich nicht vorkommen. Wir sehen, daß sich die Strategie in der Szene oftmals in einem „damit mußt Du dich aber mal auseinandersetzen" erschöpft und es wenig Vorstellung davon gibt, wie die Dialektik zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Veränderung denn genau vonstatten gehen soll. So läßt sich z.B. der (evtl. konsequente und richtige) Weg einer privaten Therapie meist nicht vergesellschaften bzw. kollektivieren und ist dann oft schon der halbe Ausstieg aus den Strukturen. Denn Strukturen sind politisch, das andere ist privat und trotz gegenteiliger Behauptung, läßt sich das bisher nicht verbinden. Wo es versucht wird, wird's meistens völlig hilflos und schräg: nicht etwa aus Bosheit, sondern weil es keine Vorstellung gibt, mit den Widersprüchlichkeiten verschiedenster Ebenen und Realitäten und dem eigenen Verwickeltsein in Lebensrealitäten und Machtverhältnissen politisch umzuge-hen, ohne sich und anderen dabei was anzutun, also bestimmte Bereiche auszublenden und zu unterdrücken. Einfach weil wir nicht anders von einer Sache denken können, als daß sie entweder so oder so ist, aber niemals beides zusammen und noch was Drittes dazu.
Uns geht es also um ein Nachspüren von genau diesen Situationen des eigenen und kollektiven Scheiterns, um an einen Ort zu kommen (oder in linksradikaldeutsch: einen Raum aufzumachen), von dem aus neue Formen der Politik entwickelt werden können, in denen die Trennung von Privat und Politisch, von Anspruch und Wirklichkeit, von Herrschaftsfreiheit und Machtpolitik, von Solidarität und Kritik prinzipiell aufgehoben werden kann.
Um an die Knackpunkte des Problems zu kommen, haben wir Interviews mit „Ausgestiegenen, Umgestiegenen und Distanzierten" gemacht. Wir wollten wissen, warum sie einst eingestiegen waren in die Szene, was sie sich erhofften, was die Motivation war, was es zu gewinnen, zu entdecken, auszukämpfen gab. Wo die Lust war und wo das Glück?
Und warum, verdammt nochmal, das nicht so geklappt hat, was schief war (von Anfang an?), was nicht auszuhalten war, wo der Frust steckte? Was war gut, was schlecht?
Anhand dieser Interviews haben wir diskutiert, sind vom Hundertsten zum Tausendsten, vom Allgemeinen zum Besonderen und zurück gekommen und sind so auf Fragen gestoßen, die unsere Köpfe zum Rauchen brachten. (Das ist übrigens der Grund, warum die Vorbereitung so lange dauerte und eigentlich nie zu Ende sein wird, auch wenn wir tatsächlich in Bälde die Veranstaltung veranstalten werden.)

Macht?

Eine solche Frage war etwa die nach der Macht/Herrschaft. Wie können wir Herrschaftsfreiheit erreichen in unserem Konzept von Gegenmacht? Wann wird Gegenmacht zur Macht, oder ist sie das nicht immer schon? Gibt es die gute Macht und die böse? Was ist mit den Hierarchien in unserer Bewegung, in der doch eigentlich - kaum wurde ein „Freiraum" erkämpft - die damit verbundene Macht zugunsten einer basisdemokratischen Organisierung sofort aufgegeben werden müßte? Und zwar unter Berücksichtigung aller Unterdrückungsverhältnisse. Ab wann wird in der Vorstellung von „sich wehren" die eigene Politik zum gesellschaftspolitischen Diktat? Wo wird Ohnmacht zu Macht, besonders im inzwischen in der Linken anerkannten Bewußtsein, beides gleichzeitig zu erleiden und auszuüben in den unterschiedlichen Unterdrückungsverhältnissen? Gibt es einen Umgang mit dieser Erkenntnis, der sich jenseits von Rechenspielchen a la 3:1 oder 2:2 kollektiv umsetzen läßt?

Identität?

Diese Frage führte uns gleich zur nächsten, für uns sehr zentralen Frage nach der kollektiven Identität. Gibt es eine revolutionäre Identität oder muß nicht jede Identität automatisch zu Ausschlüssen führen, die ein neues Unrecht begründen? Sind Identitäten etwas anderes als Gruppenausschlußmechanismen qua kollektiver Selbst- oder Fremddefinition? Gibt es eine taktische Identität, die sich nach Beseitigung der Mißstände in einem Seufzer der Erleichterung auflöst? Oder sind Identitäten nicht vielleicht etwas, ohne das die Menschen gar nicht leben können, weil sie sich ansonsten nicht definieren können? Gibt es aber vielleicht Identitäten, die im Prozeß ihrer Herstellung brüchig bleiben und sich

stets selbst infrage stellen? Gibt es das offene Kollektiv??
Wie dann aber kämpfen, wenn es kein „Wir" mehr gibt von dem aus gekämpft wird und es folglich auch kein „Die" mehr gibt, gegen die gekämpft wird?
Und bedeuten Identitäten darüberhinaus für die darin befindlichen nicht auch immer die Verneinung von Unterschieden untereinander? Gibt es die nach außen geschlossene Gruppe, die innen eine total dufte, kritische und Widersprüche aushaltende Diskussion führt? Oder müssen nicht immer zwangsläufig die eigenen Widersprüche weggebügelt werden?
Und ist das nicht vielleicht der Grund, warum viele es nicht besonders lange in der Szene aushalten, weil sie eben nicht „ganz" sein konnten, wie es die Vorstellung von „das Private ist Politisch" ja schließlich suggeriert? Ist die autonome Linke, die sich nach außen verschließt, nicht innerlich gespalten? Wir denken, daß die Betonung einer in sich geschlossenen, starken Identität oft die eigene Schwäche überspielen soll, oder andersrum, daß eine offene Politik eine innere Stärke braucht, für die Kritik und Differenz keine Bedrohung und keinen Verrat bedeuten. Gerade die Geschlossenheit der Szene macht auf eine Art ihren Reiz aus, das Ganz-oder-gar-nicht-Dabeisein, alle Freund- Feind- und Liebschaften in ihr finden zu können, aber genauso ist das auch das Abschreckende, nämlich das befreundet sein müssen, das funktionieren müssen, ständig präsent, schlau, angesehen, gesund und wütend „auf's System"sein zu müssen - oder sonst rauszufallen.
Ist diese Vorstellung, endlich in einem Kollektiv zu sein, was ein solidarisches Miteinander verheißt und in dem man/frau trotzdem sie selber sein können, also als Subjekt in einem Kollektiv vorkommen zu können und darüberhinaus noch für das Gute gegen die Unerträglichkeiten der herrschenden Verhältnisse zu kämpfen, nicht genau der Grund, warum „die Szene" attraktiv ist für so viele?
Und ist dann nicht die Einsicht, daß die herrschenden Verhältnisse gerade auch in der Szene herrschen, und zwar nicht nur als Struktur, also als Ausgangssituation, sondern auch in den politischen Konzepten und Strategien, das Frustrierende an der ganzen Sache?
Was bedeutet Emanzipation der Menschen vor diesem Hintergrund und wie läßt sie sich gar noch vergesellschaften?

Fragen über Fragen...

...und noch längst nicht alle, die wir mit möglichst vielen diskutieren wollen - auch mit denen, die gerade eingestiegen sind und denen, die schon eine beträchtliche Distanz zu den Geschehnissen des autonomen Globus' haben und die „normaler-weise" nicht (mehr) zu solchen Veranstaltungen gehen. Wir wollen die Diskussion, auch wenn wir wissen, daß die Infragestellung liebgewonnener Wahrheiten und Standpunkte mit Angst besetzt ist - auch bei uns.

Ziel ist die Entwicklung einer emanzipativen Politik, die mit Widersprüchen *genau* umgehen kann und in der sich die persönliche Befreiung weder „erstmal" unter die „große Sache", die Eroberung von gesellschaftlichen Machtpositionen unterordnen muß, noch der Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Perspektiven „erstmal" zugunsten einer individuellen Entwicklung hintenangestellt wird.
Um für die Veranstaltung zu einem ausgetüftelten Unterhaltungs- und Lehrprogramm zu kommen sind wir offen für Anmerkungen, Kritik, Fragen etc..

'Euer Club

Die Stadt gehört allen!

Aktionswoche gegen Ausgrenzung und Vertreibung vom 2. bis 8. Juni 1997

Immer ungenierter fordern PolitikerInnen und Kaufleute aus der Innenstadt, daß bestimmte Gruppen der Bevölkerung aus den "Visitenkarten" der Stadt entfernt werden sollen.
Das Bettelverbot in der S-Bahn ist erst der Anfang der verschärften Ausgrenzung und Vertreibung von Obdachlosen und DrogenbenutzerInnen. PolitikerInnen wollten sogar juristisch prüfen lassen, ob sie als "Störer" an den Stadtrand gefahren oder ohne richterlichen Beschluß tagelang in eine Zelle gesperrt werden dürfen. Längst werden Menschen, die die Polizei der "Drogenszene" zurechnet, mit Aufenthaltsverboten für bestimmte Bereiche der Innenstadt belegt. Private Wachdienste und ein "Notwehrrecht" der BürgerInnen sollen gegen diejenigen Menschen eingesetzt werden, die nicht ins Konzept einer "sauberen" Innenstadt passen.
Dabei ist auffällig, daß besonders afrikanisch und kurdisch aussehende Menschen gezielten Personenkontrollen in U- und S-Bahnen, Bahnhöfen, bei Flüchtlingsunterkünften und an vielen anderen Orten der Stadt ausgesetzt sind. Gleichzeitig wird über ihre öffentliche Diffamierung, z.B. als "Drogendealer", Stimmung gemacht und so ihre Verfolgung und Abschiebung "gerechtfertigt", was bei vielen Deutschen auf Akzeptanz oder Zustimmung stößt.
Das "Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung", die GWA St. Pauli-Süd, der Flüchtlingsrat und antirassistische Gruppen bereiten gemeinsam Aktionen in Hamburg vor. Am Montag, 2. Juni, wird bei einer Auftaktveranstaltung, ab 19 Uhr auf dem Hein Köllisch Platz, bei schlechtem Wetter im Kölibri, bekannt gegeben, was wann wo laufen soll. Am Samstag, 7.Juni, finden bundesweit Aktionen statt.

Erklärung der FrauenLesbenInfogruppe zum Verlassen des FrauenLesben-Tages im Info- und Buchladen Schwarzmarkt

Der FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt hat ca. 7 Jahre lang existiert. Der Donnerstag war ein Freiraum für Mädchen und FrauenLesben im gemischten Infoladen. Darüber hinaus gibt es weiterhin den FrauenLesbenRaum, der jeden Tag zu den gemischten Ladenöffnungszeiten zugänglich ist. Der FrauenLesbenTag hatte sich zu einem Infostrukturpunkt entwickelt. Immer wieder kamen FrauenLesben zu uns, die (noch) nicht in der FrauenLesbenSzene verankert waren. Der FrauenLesben Tag war außerdem Anlaufstelle für FrauenLesben aus anderen Städten.

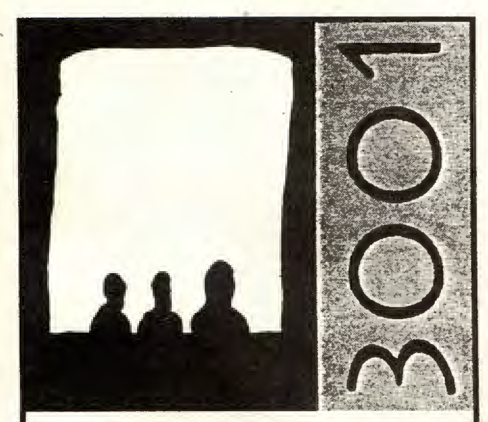
ABER:

Trotz eigenständiger Organisierung war der FrauenLesbenTag in eine gemischte Struktur eingebunden. Auch wenn wir immer wieder gute, solidarische und vorwätsbringende kussionen mit den Frauen aus den gemischten Ladenschichten hatten, bleibt der Schwarzmarkt männlich dominiert. Immer wieder wurden wir mit Sexismus in Plakaten, Flugblättern, Broschüren und dem sexistischen Verhalten einzelner Männer konfrontiert. Insbesondere die Arranca Nr. 8 ("Sexualität") und die nachfolgende Debatte in der Interim haben bei uns den letzten Nerv getroffen. Unsere Bereitschaft, uns immer wieder mit derselben Scheiße auseinanderzusetzen, ist gen Null gesunken!

Trotz unserer Entscheidung fühlen wir uns weiterhin FrauenLesben verbunden, die sich Orte in der gemischten Szene erkämpfen und für andere FrauenLesben zugänglich machen.
Wir finden eigene Räumlichkeiten zur Organisierung von linksradikalem FrauenLesben-Widerstand wichtiger denn je, aber zur Zeit scheint diese Notwendigkeit für uns nicht realisierbar.
Eine ausführliche Erklärung der FrauenLesbenInfogruppe wird ausschließlich in FrauenLesbenRäumen zu finden sein (FrauenLesbenRaum im Schwarzmarkt, Hamburger Frauen Zeitung, Amazora, FrauenBuchladen,...), da wir die Organisierungsdiskussion nur mit FrauenLesben führen werden.

FrauenLesbenInfogruppe, April 1997





Das Kino im Schanzenviertel

Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr

Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze

URBAN NOISE
SOUNDWERKSTATT
DIE KLANG & GERÄUSCH COOPERATIVE

16/24-SPUR RECORDING

Komplette Produktionen von der Aufnahme bis zur fertigen CD möglich

Digitale Nachproduktion

Digitale Sound & Midi Workstation

Tel.: 0172/245 70 75
040/723 25 87

Frauenbuchladen & Café

Tel/FAX: 040/420 47 48

Bismarckstraße 98 · 20253 Hamburg

Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungshaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung (Vollwert, vegetarisch, vegan)
- Übernachtung 15,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen
- großer Innenhof

Eröffnung Ostern 1997
Voranmeldung ab sofort

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Wustrow OT Lensian
Telefon+Fax: 05843/241
e-mail: kulturverein.schwarzer-hahn@metronet.de



★★★

Für alle FreundInnen der Roten Flora gibt es Sonderpreise für 1997

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG	20357 HAMBURG
TEL 040/43 00 808	TEL 040/43 00 888
FAX 040/430 16 37	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

nadir
infoSystem

nadir bietet ***eMail*** und ***newsgroups***-zugang
für billige, schnelle und sichere Kommunkation + Vernetzung
+ betreibt im ***internet*** ein ***informationssystem*** zu ***linker politik*** und ***sozialen bewegungen***
mit den bekannten Vorteilen, z.B.: Schnelligkeit, ständige + weltweite Erreichbarkeit, per Suchmaschine einfach zu finden + zu durchsuchen, billig im Gebrauch ...

AKTUELLe Meldungen und Hintergründe
z.B. von AntiFa-Mobilisierungen, der Botschaftsbesetzung in Peru, vom Lübecker Brandanschlags-Prozess, vom Castor-Transport ...

PERIODIKA Elektronische Kopien linker Zeitschriften
Zeck, Angehörigen-Info, Rote Hilfe Zeitung, radikale Zeiten, GegenDruck

ARCHIV linker Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart
Die Archivierung und Ordnung aller Materialien, die für die weitere Entwicklung emanzipativer Politik von Belang sind ... ist noch nicht abgeschlossen.

INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen
von Gruppen und Projekten, die nadir unterstützen und/oder daran mitarbeiten

NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im Internet und anderen Computer-Netzwerken
Eine Vielzahl von Informations- und Kommunikationsmitteln macht noch kein Netz. Sie müssen auch gegenseitig bekannt und zugänglich sein und sich aufeinander beziehen.

http://www.nadir.org/

KONTAKT

nadir-Café	jeden 1. Mittwoch im Monat in der B5
World Wide Web	http://www.nadir.org/
eMail	nadir@mail.nadir.org
Post	Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
fon	040 / 431 89 037, mittwochs 19[00] - 21[00]
fax	040 / 431 89 038

Unsere Konto-Nummer für die allzeit willkommenen Spenden:
Postbank HH, BLZ 200 100 20, Kto-Nr. 797 157 207

Widerstand braucht Theorie...

wir haben Bücher und Broschüren zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus damals und heute • Internationalismus
- Umstrukturierung • Rassismus und Antirassismus • Patriarchat • Europa
- Knast und Repression • Anarchismus • Ökologie • und anderes..

zu den Themen haben wir auch ein umfangreiches Archiv

... und Praxis

Immer aktuelle Infos: wann • wo • was:
Veranstaltungen
Demos
Aktionen
Konzerte
Ausstellungen

autonomer Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg · fon: 040/44 60 95 · fax: 040/41 08 122

Öffnungszeiten:
Mo., Mi. und Fr. 14-19.30 Uhr
FrauenLesbentag Do 16-19 Uhr
Sa 12-15 Uhr

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen



purposemaker mai

[5] Rote Flora

Ausstellung 'Versuche über die Kulturfähigkeit der Autonomen', 1.-31. Mai in der großen Halle

Verdienstvoll: In Semiotik und kulturellen Studien geschulte Autonome haben in monatelanger mühsamer Recherchearbeit den Kulturbetrieb der Roten Flora analysiert (nebenbei blieb sogar noch Zeit, "die goldene Horde" zu lesen). Heraus kam die Aktionsausstellung 'Techno ist tot - Flora bleibt rot' (Halle, 1.-31. Mai, zu den normalen Öffnungszeiten und kostenlos). Obzwar sie eher konventionelle Zeichensysteme verwandt haben (Buchstabenauftragung in Sprühdosen- und Plakafarbentechnik) zeugen die Inhalte doch von einem hohen Grad an Kulturfähigkeit, die heutzutage leider in autonomen Kreisen immer noch keine Selbstverständlichkeit ist. Wir danken den OrganisatorInnen für die wertvollen Einblikke, die weitere ethnologische und soziologische Studien über Authentizität, Fetische, Selbstreferentialität, Identitätskonstruktion, Hierarchisierung von kulturellen und politischen Praktiken und kultureller Grammatik bei Autonomen möglich machen werden.

Fr, 9. Mai
Messpunkt-Konzerte präsentiert:
"Neue Musik" von drei Komponisten. Eine Mischung aus Konzert und Performance: drei Hupen und ein Waldhorn, sowie zwei Musikgruppen schaffen ein unvorstellbares Hörerlebnis. ab 21 Uhr.

So, 11. Mai
Club der kulturell Verunsicherten.
Neue elektronische Musik, monatlich und meist in gepflegter Atmosphäre, ab 22 Uhr.

Do, 15. Mai
High Gain Yard.
Dub Club im Leoncavallo Raum, ab 22 Uhr.

Fr, 16. Mai
Urban Dragon Conspirators.
Hip Hop-Party. Soliveranstaltung für die Antifa "Wasserkante" ab 22 Uhr.

Sa, 17. Mai
Studio One Club.
Hans Peters packt seine old school Roots/Reggae Oldies auf die Turntables. ab 22 Uhr.

Fr, 23. Mai
Bring forth the Guillotine.
Silver Bullet hatte auf gleichnamiger 12" einen ziemlich schnellen Flow und war damit Anfang der 90er weit vorne. Die 17°, die Zeitschrift für den Rest, ist, abgesehen vom Layout, in der Regel auch recht weit vorne und hat sich deswegen wahrscheinlich dieses Motto für ihre eigene Soliparty gewählt. Mutmaßlich wird damit auch noch das eigentliche Erbe der Wohlfahrtsausschüsse für sich reklamiert: Es sollen wohl noch mehr Köpfe rollen, und nicht nur im Kulturbetrieb.

Die aktuelle Ausgabe (Nr.14) ist übrigens gerade vor zwei Wochen erschienen, und hat passend zum Thema einige Artikel über neue elektronische Musik aka Techno/House abgedruckt (das nächste mal vielleicht doch die Originale nehmen?). Was die 17° Posse unter Kultur versteht und was ihre politics of dance sind, werden wir wohlwollend am heutigen Abend ab 22 Uhr beäugen und anhören. Insbesondere interessiert uns die Umsetzung des von DJ Quick postulierten subversiven Potentials von House in Hinblick auf die Dekonstruktion von (Geschlechts)Identitäten. Auf zwei Floors nutzen u.a. Eule (U.Site), DJ Quickmaster Q. (17°) und DJ No Manni aus Köln die Slipmates ab. Be there.

Sa, 24. Mai
Tanztheaterperformance.
Finale eines Workshops von und mit Richard Lee. 20 Uhr.

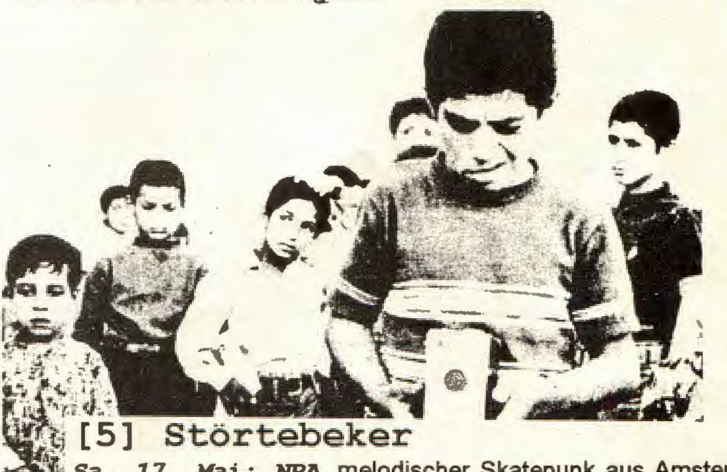
So, 25. Mai
Shanty Town Film Showcase.
Frei wie ein Löwe (19 Uhr) und ***Countryman*** (21 Uhr).
Frei wie ein Löwe beschreibt den Alltag eines kleinen Jungen in den Bergen Jamaikas, fernab von den Touristenstränden. Countryman ist ein Bush-Krimi: nach dem Absturz einer kleinen Propellermaschine auf Jamaika werden die beiden überlebenden Touristen der Spionage verdächtigt, sie können jedoch mit Hilfe des Countryman entkommen. Vor, zwischen und nach den Filmen gibt es Musik, sowie frische, heiße Waffeln, Kaffee und Kuchen und andere Erfrischungen.

Sa, 31. Mai
Antifa-Soliparty.
Mit Dancehall, Reggae, Drum & Bass, ab 22 Uhr.

Rote Flora, Schulterblatt 71, feste Termine:

Montag: 17-21 Uhr Cafe, 18 Uhr Veranstaltungsgruppe, 18-20 Uhr Motorradselbsthilfe, 19:30 Uhr veganes Essen.
Dienstag: 16-22 Uhr Dubcafe.
Mittwoch: 16:30-? Uhr Cafe mit Kuchen.
Donnerstag: 17-21 Uhr Cafe, 17-19 Uhr Fahrradselbsthilfe, 19:30 veganes oder vegetarisches Essen.
Archiv der sozialen Bewegungen und Foto Archiv im Exil: 16-19 Uhr (Ludwigstraße 13, 1. Stock)
Samstag: 11-15 Uhr Frühstück, 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe.
Sonntag: jeden 1. und 3. im Monat ab 12 Uhr Frauenfrühstück.

Ein big Sorry an die LIZ-Konzertgruppe, die an dieser Stelle im letzten Heft zu Unrecht gedisst wurde.



[5] Störtebeker

Sa, 17. Mai: NRA, melodischer Skatepunk aus Amsterdam, 21 Uhr.

Zusätzlicher Ausgehtip:
17.Mai: Generation Move angreifen!
Die Rave Nation ist so schlecht wie jede andere.

Schaffen wir Räume für den Kampf gegen Abschiebungen!

Am 26. 4. 97 hat die Interessengemeinschaft der Flüchtlinge (IZI) mit UnterstützerInnen kurzzeitig die Rote Flora besetzt, um in einem letzten Versuch fortschrittliche bzw. linke Menschen aufzufordern, sich offensiv einzumischen, um die größten Massenabschiebungen in der Geschichte der BRD zu verhindern.

Wer bleiben will, soll bleiben!

Aus dem der Besetzung folgenden Plenum entwickelte sich das **"Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung".**

Ein Vorschlag der Flüchtlinge ist, politisch und materiell Räume zu schaffen, in denen illegalisierte Flüchtlinge sich organisieren, politische Kämpfe entwickeln und Öffentlichkeit schaffen können.
Diesen Vorschlag wollen wir aufgreifen und weiterentwickeln.

Seit dem 1. Mai sind von der Abschiebeaktion allein in Hamburg 12 000, bundesweit fast eine halbe Million Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien betroffen.

Die Duldungen der Menschen werden auf Wochen oder wenige Tage verkürzt, die Arbeitserlaubnis entzogen, der notwendige Antrag auf die für MigrantInnen gekürzte Sozialhilfe begründet dann die Ausreiseverfügung. Im Vorfeld der Abschiebungen wird mit physischem und psychischem Terror ein Vertreibungsdruck erzeugt, damit möglichst viele Flüchtlinge "freiwillig" ausreisen.

Flüchtlingen wird in der BRD systematisch jede legale Lebensperspektive entzogen. Die Vertreibung von Kriegsflüchtlingen stellt jetzt nach der weitestgehenden Abschaffung des Rechts auf Asyl eine weitere Eskalationsstufe des gesamtgesellschaftlichen Rassismus dar. Sondergesetze für Gruppen von Menschen, die hier leben, sind in diesem Land nichts Neues. Ausgrenzung und Entrechtung haben in Deutschland Tradition.

Diese Entwicklung steht in enger Verbindung mit der deutschen Außenpolitik. Ab jetzt morden nicht nur deutsche Waffen und deutsches Geld mit in aller Welt, sondern auch deutsche Soldaten - nicht zuletzt im ehemaligen Jugoslawien.

Wer planvoll Kriege schürt, hat auch kein Interesse, sich mit den Menschen abzugeben, die davor Zuflucht suchen. Im Gegnteil, es wird kalkuliert, daß die Massenabschiebungen die Situation vor Ort weiter destabilisiert.

Die Haltung weiter Teile von Liberalen, Humanitären, ChristInnen und Gewerkschaften bis hinein ins linke Spektrum beschränkt sich darauf, "humanere" Abschiebungen zu fordern. Die angebliche Notwendigkeit dieser Abschiebungen wird von ihnen vorausgesetzt. Damit helfen sie, diese moralisch zu legitimieren und das "Ansehen Deutschlands" zu wahren. Dies treibt die Abschiebungen faktisch voran.

Insgesamt reicht die Haltung der Bevölkerung zu den Abschiebungen von schweigendem Nichtverhalten über breite Zustimmung bis zu tätiger Mithilfe.

Diesen nationalen Konsens im Umgang mit "Nichtdeutschen" wollen wir aufbrechen!

Wir haben uns entschlossen, die Rote Flora zu einem Ort zu machen, der Flüchtlingen für ihren Kampf eine Infrastruktur und solidarische Hilfe bietet.

Wir sehen dies auch als Chance, den Kampf gegn Abschiebung nicht an die Flüchtlinge zu delegieren, sondern ihn gemeinsam zu entwickeln.

Die Aktion der illegalisierten Flüchtlinge, sich ihrer Abschiebung öffentlich zu widersetzen, kombiniert mit unserer unmißverständlichen Aussage, den Kampf gegen Abschiebung nach Kräften zu unterstützen, kann eine starke politische Signalwirkung haben. Die Wirkung wird - ebenso wie der reale Schutz - umso größer sein, je eher es gelingt, die Aktion zu verbreitern.

Die Rote Flora kann zu einem Kristallisationspunkt der Politisierung und praktischen Solidarität werden, von dem aus die Aktion an anderen Orten aufgegriffen werden kann!

Deshalb müssen die Räume in der Flora möglichst schnell konkret werden.
Seit der Besetzung hat sich schon vieles getan. Verschiedene Gruppen und Einzelpersonen beteiligen sich an der Umsetzung dieser Idee in den verschiedenen Arbeitsgruppen, zahlreichen Plena und praktischen Vorarbeiten.

Der Erfolg der Aktion hängt aber stark davon ab, daß der Kreis der Aktiven größer wird!

Unterstützung wird in vielfältiger Form gebraucht.
Gesucht sind v. a. Menschen und Gruppen, die die Aktion zu ihrer eigenen machen! Darüberhinaus helfen aber auch Baustunden, Fahrgelegenheiten, Übersetzungen für die Plena in serbokroatisch, Sachspenden (informiert Euch, was gebraucht wird !) und natürlich Geld.

AG-Termine und Infos gibt es an der *Info-Wand* des Aktionsbündnis in der Flora (Halle vor der VoKü)!

Kommt mit Angeboten, Nachfragen und Ideen!

Offenes Plenum ist jeden Sonntag um 19 Uhr in der Flora!

Es gibt bereits ein ***Spendenkonto*** (wichtig: bitte alles ausschreiben!):

Hamburger Arbeitskreis Asyl e. V. , Stichwort: FLORA, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20, Konto-Nr.: 62 1976-209

ViSdP: Aktionsbündnis Praktische Solidarität gegen Abschiebung, 20357 HH